

MIT ALLERHÖCHSTER BEWILLIGUNG.



# Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Hertensstrasse Nr. 20.

Nº 65.

Freitag den 17. März

1848.

## Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 22 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Provinzial-Land-Feuersocietät. 2) Sitzung der Breslauer Stadtverordneten am 6. März. 3) Communalschichten aus Striegau, Neumarkt. 4) Correspondenz aus Breslau, Liegnitz, Oppeln, aus dem Kreuzburger Kreise. 5) Feuilleton.

### Inland.

Berlin, 16. März. Se. Majestät der König haben allernädigst geruht, dem General-Lieutenant von Holleben, Kommandeur der 16ten Division, den rothen Adler-Orden 1ster Klasse mit Eichenlaub in Brislantzen; dem Domherrn Andrea de Torio in Mezapel den rothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem geheimen Justiz- und Ober-Landesgerichts-Rath Kindermann zu Ursberg den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem pensionirten Bürgermeister Molz zu Trarbach, Regierungs-Bezirk Koblenz, und dem Polizei-Direktor und Bürgermeister Flach zu Pilsau den rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem kaiserl. königl. österreichischen Kämmerer und Magnaten von Ungarn, Grafen Dominick Bethlen von Iktár aus Siebenbürgen, so wie dem Premier-Lieutenant a. D. Johanniter-orden; desgl. dem evangelischen Küster und Schullehrer Henschel zu Drewitz, Regierungs-Bezirk Frankfurt, dem Chausseebau-Aufseher Broesicke zu Bubainen bei Norkitten und dem Berittschulzen Pusch zu Patersorth im Kreise Heiligenbeil das allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Lieutenant a. D. Leonhard Victor von Laviere die Kammerherrn-Würde zu verleihen. — Se. Majestät der König haben allernädigst geruht, dem Ritterguts-Besitzer Franz von Schönberg zu Kripisch, im Kreise Naumburg, die Anlegung des von dem Herzoge von Sachsen-Meiningen-Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes vom herzoglich sachsen-ernestinischen Hausorden zu gestatten.

Ihre königl. Hoheit die verwitwete Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin mit Prinzessin Tochter, der Herzogin Luise Hoheit, sind hier am 13ten d. M. eingetroffen und im königl. Schlosse abgestiegen.

Ihre königl. Hoheit die Frau Herzogin von Anhalt-Dessau und Höchstero Tochter, die Prinzessin Agnes Durchlaucht, sind nach Dessau zurückgereist.

Dem Fabrikanten Daniel Schwarz zu Schleusingen, im Regierungs-Bezirk Erfurt, ist unter dem 11. März 1848 ein Patent auf eine Vorrichtung zur Bewegung der Schläuche an Doppelwebstühlen, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Femand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Angekommen: Der General-Major und Commandeer der 5ten Division, Freiherr Roth von Schrezenstein, von Münster. — Der Vice-Ober-Jägermeister, Graf von der Asseburg-Falkenstein, von Meisdorf. — Abgereist: Se. Excellenz der geheime Staats-Minister, Graf von Alvensleben, nach Magdeburg. Der General-Major und Commandeer der 5ten Division, von Böß, nach Erfurt.

Berlin, 14. März. Die hiesigen Zeitungen enthalten folgende Bekanntmachung: „Unter dem Vortritte des Ober-Bürgermeisters hatte heute Mittags 2 Uhr eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten hiesiger Residenz die Ehre, Sr. Majestät dem König, die aus Veranlassung der Zeiteignisse bezüglichen, noch einigen, die Gesinnungen und Hingebung der Bürger Berlins zu ihrem Könige darlegenden Worte des Ober-Bürgermeisters, dem Letzteren die Vorlesung der Adresse in halbdreichsten Worten zu gestatten. Der Magistrat beeilt sich, seinen harrenden Mitbürgern vorwohl die Adresse, als die darauf ertheilte allernädigste Antwort hier mitzutheilen. — Wir halten uns überzeugt, daß dieselbe Begeisterung unsere Mitbürger er-

greifen wird, wie die Abgeordneten noch ergriffen waren, als sie uns die Kunde von dem großen, erhabenen, ja heiligen Augenblick brachten, in dem das Herz unseres thurenen Königs die Herzen der Bürger Seiner treuen Vaterstadt so mächtig bewegt hatte. — Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger königl. Residenz.“

An Se. Majestät den König, unsern allernädigsten Herrn. Allerdurchlauchtigster, Grobmächtigster König! Allernädigster König und Herr! — Die ernsten und verhängnisvollen Ereignisse der letzten Tage, die von einem Lande zum andern sich fortspflanzen, erfüllen die Gemüther mit einer Spannung, wie wir sie noch niemals empfunden haben, mit einer Erwartung der nahen Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes, in der das gegenwärtige Geschlecht seit 33 Jahren der Zuschauer der Ereignisse, die ungenügte und deshalb fast erforschte Thatkraft widerstehen wird. Das deutsche Volk empfindet es tief und stark, daß es reif und mündig geworden ist, mitzusagen im Rache seiner Fürsten und durch den würdigen Gebrauch der freien Presse von seinen geistigen und materiellen Bedürfnissen Zeugnis abzulegen. — Ew. Majestät Allerhöchster Wunsch und Wille war es, daß eine solche Zeit das preussische Volk nicht unvorbereitet treffen möge. Mit weiser Voraussicht haben Ew. Majestät seit Allerhöchstarem Regierungsantritte Stein an Stein gesetzt und noch vor wenigen Tagen durch die Allerhöchste Botschaft vom 5. d. M. einen bedeutsamen Schritt in der Entwicklung der verfassungsmäßigen Rechte des preussischen Volks gethan. Die Allerhöchste Kabinetsordre vom 8. März d. J. bringt uns ferner die freudige Nachricht, daß Ew. Majestät Fürsorge die Hindernisse beseitigt hat, die sich der Gewährung der seit einem Menschenalter dem deutschen Volke verbürgten Pressefreiheit bisher in den Weg gestellt haben. Wir sehen dem verheissen Preßgesetz in dem Vertrauen entgegen, daß es sich auf die Bestrafung der wahren Missbräuche der Presse beschränkt wird. — Über der Augenblick drängt; jeder Tag bringt die Kunde neuer Ereignisse, der politische Gesichtskreis kann sich plötzlich verändern und zur That herausfordern, noch bevor das Vaterland sich im Rache geeinigt hat. Die manngeschafften Wünsche, Fragen und Hoffnungen durchkreuzen sich; das Misstrauen in eine fraglich gewordene Gegenwart, der ängstliche Hinblick auf eine ungewisse Zukunft lämmen den Verkehr, Handel und Gewerbe beginnen zu stocken, die Arbeit ist bedroht, das Gefühl der nahenden gewerblichen Krise muß rasch beschleunigen, deren Folgen menschliche Weisheit nicht zu ermessen vermag.

Unter diesen Umständen vereinigen sich Aller Wünsche dahin, daß Ew. Majestät die schleunige Berufung des vereinigten Landtages zu befehlen geruhen mögen. Im Namen unserer Mitbürger, im Namen ihrer heiligsten und thueuersten Interessen legen wir Ew. Majestät diese Bitte ans Herz, um deren Gewährung wir unsern allernädigsten König und Herrn aus tiefsbewegter Seele beschwören. Schon die Gewissheit, daß Ew. Majestät Sich in so schwierigen Zeiten mit den Männern umgeben werde, die durch ihre Belehrungen vom vergangenen Jahre die Achtung der Wohlgestimmen erworben, die das preussische mit dem deutschen Vaterlande unauflöslich zu verknüpfen begonnen haben, wird Ruhe und Zuversicht den Gemüthern, Sicherheit und Bestand den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens wiedergeben. — Es giebt Zeiten, in denen neue Zustände unter der Hülle der alten reif geworden sind, wo es der Anerkennung dieser unwiderstehlichen Thatsachen bedarf, wenn auch fernerhin in geschmälerer Entwicklung stark und besonnen fortgeschritten werden soll. Eine solche Zeit ist die unsrige und wir halten es daher für eine heilige Pflicht, Wünsche und Ueberzeugungen, die von Kommunen und Ständen schon seit Jahren ausgesprochen worden sind, in solcher Zeit Ew. Majestät unmittelbar vorzulegen. — Was die übereinstimmende Ansicht der Bürgerschaft vor allen Dingen als die unerlässliche Voraussetzung einer gedeihlichen Zukunft betrachtet, ist die Vollendung des preussischen Verfassungswerkes, dessen allmäligster Ausbau unter den gegenwärtigen Umständen die Stimme mehr aufregt, als beschwichtigt. Als einen treuen Abdruck der Volksmeinung und Volksgefünung können wir die Stände aber nur in dem Fall betrachten, wenn sie aus einer angemesseneren, volksthümlichen Vertretung hervorgehen und ein beschließendes Votum bei einfacher Stimmenmehrheit erhalten. — Seitdem Ew. Majestät durch die Einführung der Offenheitlichkeit des gerichtlichen Verfahrens, zunächst in hiesiger Stadt, eine Umgestaltung der Rechtspflege veranlaßt haben, hat sich der Wunsch von Tage zu Tage immermehr bestigt, auch diesen Neubau durch das Institut

der Geschworenen baldigst gekrönt zu sehen. Die völlige Gleichstellung aller religiösen Bekennnisse ohne staatliche Bevorzugung des einen vor dem andern, so wie die bürgerliche Gleichstellung ihrer Bekennner ist, als das Ergebnis der mildern und versöhnlicheren Gesinnung unserer Tage, in der Sitte vollzogen und es ist daher gewiß an der Zeit, daß die Gesetzgebung auch ihrerseits die an das religiöse Bekennen geknüpften Beschränkungen fallen läßt. — Wenn Preußens Monarch, auf den in diesem Moment ganz Deutschland mit gespannter Aufmerksamkeit seine Blicke lenkt, in Übereinstimmung mit seinem vereinigten Landtage, in dieser Richtung vorschreitet, dann wird Deutschland auf der unschütterlichen Grundlage gemeinsamer politischer Institutionen beruhen; dann wird die glorreiche Erbschaft des hochseligen Königs, der Zollverein, dann werden auch die hochherzigen Absichten für die Begründung eines deutschen Rechts, die Ew. Majestät durch die von Preußen angeregte Berathung eines deutschen Wechselseitrechts und Postvertrages an den Tag gelegt haben, mächtig gefördert werden. Die Deutschen werden die Stelle unter den Völkern einnehmen, die ihnen gebührt. Und hat Deutschland, wie die Proklamation des Bundestages eingestellt, diese Stelle bisher nicht einzunehmen gewußt, so müssen wir einen Theil der Schuld in den Mängeln der Bundesverfassung suchen, und dürfen dem bewährten deutschen Sinne Ew. Majestät vertrauen, daß diese Verfassung in nächster Zeit gekräftigt werde, um die Interessen der Nation im vollsten Sinne vertreten zu können. — Nur in einem Zwiespalt mit dem übrigen Deutschland erblicken wir eine ernsthafte Besorgniß. Ist erst die innige Verbündung der deutschen Stämme errungen, ja wird sie nur erst offen und kräftig angestrebt, so kann im Falle eines Krieges, sofern derselbe nicht in diplomatischen Verwicklungen, sondern in der Verlegung des deutschen Bodens seinen Grund hat, von einer Gefahr für Deutschlands Fürsten und Völker nicht mehr die Rede sein. In tiefster Erfurcht ersterben wir Ew. königl. Majestät allerunterthänigste, treuhofsmästige Oberbürgermeister, Bürgermeister und Rath und Stadtverordnete zu Berlin. Berlin, 13. März 1848.

Se. Majestät geruhen hierauf im Wesentlichen Folgendes zu äußern: Se. Majestät fühlten die Bedeutung des Augenblicks; es sei die erste Adresse, welche Sie in dieser bewegten Zeit von Hand zu Hand entgegennehmen, und es sei Allerhöchst Ihnen ein angenehmes Gefühl, daß Sie von Ihrer lieben Vaterstadt komme, die sich auch in dieser Zeit der Bewegung in erfreulicher Weise bewährt habe. — Wenn es ringsum kohle, dürfe man freilich nicht erwarten, daß hier allein die Stimmung unter dem Gestierpunkte stehe, und erwäge man dies, so sei es anerkennungswert, daß in einer Stadt von solcher Größe, in der es an reichlichen Elementen der Unruhe nicht fehle, die Ordnung nicht erheblich gestört sei. Selbst der gestrige Abend könne dieses Anerkenntniß nicht wesentlich trüben, denn bei allen denen, auf deren Benehmen Se. Majestät Werthe lege, wäre die ruhigste und besonnenste Haltung zu erkennen, und Sie seien über die Haltung der Bürger erfreut gewesen. — Was die Adresse selbst betreffe, so könne Se. Maj. nicht, wie es in andern Ländern Sitte sei, darauf in wohl stilisierte Rede antworten; nur im Conversationston wollten Sie einige Worte erwidern. Zunächst freuten Sie sich, auf die Hauptbitte erwidern zu können, daß sie bereits gewährt sei. Die Einberufung des vereinigten Landtages sei seit mehreren Tagen beschlossen, und das Berufungs-Patent bereits vollzogen. Mit Zuversicht sehe der König dessen näherer Verhandlung entgegen, da ächt preußische Gejinnung in Tagen der Gefahr am wenigsten schläfen werde. Mit vollster Offenheit und vollstem Vertrauen würden Se. Maj. dem Landtage entgegentreten. Ihre Losung sei: „freie Völker, freie Fürsten;“ nur wenn beide frei wären, könne die wahre Wohlfahrt gedeihen! Die anderen bitten könnten nur durch den Landtag ihre Lösung erhalten; ein näheres Eingehen darauf sei daher müßten Se. Majestät erwähnen, besjenigen nämlich, welcher gegen die allmäßige Entwicklung der Verfassung gerichtet sei; diesem könnten Sie nicht unbedingt beitreten. Es gäbe gewisse Dinge, die sich nicht überall ließen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, sie auf den Kopf zu stellen. — Das lehre ja auch die Geschichte des Nachbarlandes, wo sich innerhalb Menschenreden 15 beschworene Verfassungen einander verdrängt hätten, wo erst neuerdings das selbstgeschaffene Gebäude zusammengefallen sei. — Nicht in 6 Wochen dürfe man ein Haus bauen, welches zu bauen anderthalb Jahre erforderet; auch nicht auf Sand dürfe man es bauen,

wenn es bestehen solle! — „Kühn und bedächtig,“ das seien die Lösungsworte jedes guten Gelbherrn, ungestraft dürfen sie nicht getrennt, nicht das Eine über dem Andern vergessen werden! Das wollten auch Se. Majestät nicht vergessen. — Die gute, alte deutsche Ordnung dürfe nicht unbeachtet bleiben; auch die Glieiderung der Stände sei deutsch; wer dagegen anstrebe, der sehe sich Gefahren aus. Auch dafür fehle es nicht an Beispiele! Eben so der Besitz als althergebrachte Grundlage der Standschaft komme in Betracht. Doch alles dieses könne nur mit dem Landtag erledigt werden, wie Se. Majestät ihm vertraue, so möchte auch das Volk ihm vertrauen und „dadurch eine recht innige Vereinigung der Regierung, der Stände und des Volkes erwirken.“ Diese Einigkeit müsse das höchste Ziel des Strebens sein bis zum Landtage, während des Landtages. Nur durch festes Zusammenhalten könne übrigens das Unheil vom deutschen Vaterlande abgewendet werden, welches der Revolutionskrieg über dasselbe gebracht hätte! Se. Majestät möchten die Verantwortlichkeiten des Zwiespaltes nicht über sich nehmen. Was überhaupt Deutschland betreffe, so liege dessen Schicksal nicht in Ihrer Hand, Alles aber, was Ihre Kraft vermöge, wollten Sie redlich und ernstlich anwenden, damit auch diese Zeit der Krisis zu dessen Einigkeit, Kraft und Größe ausschlage; sie liege Ihnen so nahe am Herzen, als diejenige Preußens.

Schließlich geruheten Se. Majestät die Deputation zu ermächtigen, die allerhöchste Antwort ihren Mitbürgern mitzuteilen.

**Z Berlin, 14. März, Abends 11 Uhr.** Die Stadt bot heut Abend im Ganzen eine ruhigere Physiognomie wie gestern. Etwa 600—1000 Personen hatten sich vor den Zelten versammelt, meistens Arbeiter; Reden im liberalen wie im conservativen Sinne wurden gehalten. Etwa gegen 8 Uhr zog ein großer Haufe Menschen, von Leuten geführt, die Stöcke mit weißen Schnupftüchern trugen, nach der Gegend des Schlosses; sie stießen verworrenes Geschrei aus. Sie wurden bald zerstreut. In der Brüderstraße; namentlich in der Neumannsgasse hieb die Kavallerie scharf ein. Die Gassenjungen hatten sich dort den Spaß gemacht, aus den Brettern, welche die Münzsteine bedeckten, Barricaden zu machen; auch bemerkte man quergelegte kleine Balken. Es kam zu ernstlichen Verwundungen. Jetzt ist Alles ruhig. Imposante Truppenmassen umliefen das Schloss. Alle Gutgesinnten beklagen diesen erbarmungswürdigen Straßenskandal, der, wenn er nicht einen so ernsten Hintergrund hätte, einer Carnivalspose gliche. — Die Publikationen, welche die allgemeine preuß. Zeitung bringt, erregen die freudigste Sensation.

**Z Berlin, 15. März, 4 Uhr Nachmittags.** Es sind leider gestern Abend, namentlich in der Brüderstraße, schwere Verwundungen von Personen vorgekommen, welche das Publikum und die Bürgerschaft für gänzlich unbeteiligt bei den Unruhen hält. Bereits seit heute früh bilden sich Volkshäuser auf dem Schloss-Platz. Die Brüderstraße ist gedrängt voll. Offiziere sind leider bei hellem Tage insultiert worden. Von politischer Färbung nirgends eine Spur; aber Erbitterung gegen das Militär. Die Läden am Schlossplatz sind geschlossen. Wie man hört, haben die Bürger und Einwohner der Brüderstraße eine Deputation an den König geschickt. Sie bitten dringend um keine Aufstellung des Militärs für heute Abend.

**Z Berlin, 15. März, 7 Uhr Abends.** Soeben wird an die Straßenecken eine von Herren v. Minutoli und v. Pfuel unterzeichnete Publikation angeschlagen, des Inhalts, daß leider gestern außer den Unruhestiftern mehrere friedliche Bürger verwundet seien, man habe zur Feststellung der Vorgänge sofort eine Untersuchung einzuleiten und werde der Strenge des Gesetzes überall freien Lauf lassen. Es wird dringend in jener Publikation zur Ordnung gemahnt, zu deren Aufrechthaltung die Vereinigung ehrhafter Bürger das Thrigie beitragen soll. — Nur das Schloss ist militärisch besetzt, sonst sieht man keine Truppen. Große Volksmassen bedecken den Schlossplatz und die sich auf ihn mündenden Straßen, wo bereits den ganzen Tag die Läden geschlossen sind. Man vermisst sehr Bürgergarden. Diese traurigen Vorfälle sind für alle Gutgesinnten ein neuer Antrieb, zu beschwichtigen und die Lage der Regierung nicht zu erschweren.

**Z Berlin, 15. März, Abends 10 Uhr.** Auf Umwegen kann ich nur zum Eisenbahnhofe eilen, wo ich Ihnen über die unglücklichen Begebenheiten, die heute Abend hier stattgefunden, Bericht in Eile erstatte. Bereits als ich meinen letzten Brief zur Post trug, fand ich vor dem Schlosse einen rasenden, erbitterten Pöbel, viel Betrunkenen. Nirgends auf der Straße Militär, das lediglich die inneren Räume des Schlosses besetzt hielt, aber kaum mehr im Stande war, den Pöbel zurückzuhalten, der in das Schloss drängte. In der Gertraudenstraße sah ich Barricaden errichten von Balken, die quer über die Gasse gelegt waren, desgleichen von den Feuersteinen. Die Sache wurde immer schlimmer. Man hat drei Salven geben müssen; vor dem Schlosse, in der Brüderstraße, an der Gertraudenbrücke. Leider sind Tote und schwer Verwundete vorhanden. Bei meiner Hinfahrt fand ich die übrigen Theile der Stadt, die ich berührte, ruhig. Hin und wieder Volksgruppen.

**+ Berlin, 15. März.** Die Einberufung des vereinigten Landtages und die nun bestimmte Aussicht auf eine Umgestaltung des deutschen Bundes haben in jedem wohlgesinnten Bürger die zuversichtliche Hoffnung erweckt, daß sowohl die Interessen Preußens, als die des gemeinsamen Vaterlandes kräftig werden gewahrt werden. Die Besorgnisse, daß Preußen in seinem Entwicklungsgange hinter den süddeutschen Staaten zurückbleiben werde, sind verschwunden. Die kräftige Haltung des einberufenen Landtages wird die Zuversicht, welche die Gemüthe jetzt wieder hebt, vollkommen rechtfertigen. Es hieße auch den geistigen Standpunkt des preußischen Volkes und den dasselbe durchwährenden Geist gänzlich verkennen, wenn man annehmen wollte, daß Preußen seine hohe Bestimmung in Bezug auf das große deutsche Vaterland nur einen Augenblick vergessen sollte. Die Preußen werden jetzt, wo es eine kräftige nationale Erhebung Deutschlands und die Befestigung freier, dem gehobenen Nationalgeist entsprechender Einrichtungen gilt, wahrlich nicht die letzten sein. Fort darum mit allen Verdächtigungen und Beleidigungen, die den so erfreulichen Geist der Einigkeit in Deutschland nur schwächen können. Eintracht und gemeinsames kräftiges Fortschreiten auf der Bahn der staatlichen Entwicklung seien die Lösungsworte, welche alle Deutschen als eine große Familie von Brüdern fest umschlingen. Unser aller Streben sei dahin gerichtet, daß Deutschlands Einheit zu einer unwandelbaren, strahlenden Wahrheit werde, in deren erhabendem und kräftigendem Glanze die deutsche Freiheit sich eine bleibende Wohnstätte auf dem Grundpfeiler der Ordnung aufschlagen könne. Der mächtige Strom der deutschen Völkerbewegung möge stolz und in majestätischer Ruhe, die Gauen Deutschlands befruchtend und nicht verheerend, in seinem der gewaltigen Flut des Geistes entsprechenden Bett dahinrollen. Nur auf diese Weise wird Deutschland seine hohe Bestimmung erfüllen und in naher Zukunft unter den Leitern der Geschickte der Menschheit ruhmvoll erblickt werden. — Man zweifelt hier nicht, daß dem vereinigten Landtage bei seinem Zusammentreten sofort die Gewährung der zweijährigen Periodizität werde eröffnet werden. Die vierjährige Periodizität zeigt sich jetzt schon so hinnend für die Gesetzgebung, die dadurch augenscheinlich eine völlige Stockung erleidet, daß auch von unsren Staatsmännern die Haltbarkeit derselben namentlich Angesichts der gegenwärtigen bewegten Zeiten, entschieden bezweifelt wird. Es ist daher nicht zu erwarten, daß eine Bestimmung werde aufrecht erhalten werden, welche mit den Bedürfnissen des Staates im Widerspruch steht und ohnedem in der Wirklichkeit fortwährend eine Aenderung erleiden müßt. Es bleibt daher nichts übrig, als dem Orange der Interessen des Staates diese Bestimmung mit Freuden zu opfern. — Der hiesigen Charité sind nur zwei, jedoch bedeutend Verwundete bei dem vorigestrigen Auflaufe zur Behandlung übergeben worden. Es läßt sich wenigstens daraus schließen, daß die Angabe der Zahl der Verwundeten eine übertriebene ist. Die obige Angabe ist aus dem Munde eines der Vorsteher der Charité.

Gestern Abend fand im englischen Hause eine Versammlung fast sämtlicher Buchhändler und Buchdrucker Berlins, unter dem Vorsitz des Hrn. E. S. Mittler, statt. Die Versammelten vereinigten sich mit allgemeiner Aklamation in der Ansicht, daß jeder Aufschub der Gewährung einer lediglich durch das allgemeine Strafrecht beschränkten Pressefreiheit — und wäre es nur ein Aufschub um Tage — das buchhändlerische Gewerbe und die damit zusammenhängenden Geschäftszweige auf das Gefährlichste bedrohe. War die Lage unserer Presse unter der Präventivgesetzgebung schon immer eine mannigfach gefährdet, gedrückte und verklammerte, so sei sie durch die plötzliche Wendung der Dinge in fast ganz Deutschland, zu einer völlig unhaltbaren und unerträglichen geworden. Die censurte Presse stehe der uncensurten gegenüber in Beziehung. Kein Schriftsteller, der ohne Censur zu schreiben Gelegenheit finde, werde sich der Censur unterwerfen, kein Leser, der ein censurtes Tageblatt mit einem uncensurten vertauschen kann, ersteres beibehalten. In unserer unmittelbarsten Nähe, gleichsam vor unserer Schwelle, sei plötzlich die Presse frei geworden. Ein Schritt, und der Verlagsort sei erreicht, wo der Schriftsteller in Werk ohne Censur gedruckt erhält; ein paar Stunden, und unsere Lesewelt habe die uncensur erschienenen periodischen Blätter in Händen. — Damit sei denn dem Buchhandel und allen damit zusammenhängenden Gewerbszweigen in Preußen das Urtheil gesprochen, und zwar ein Urtheil, dessen Vollziehung nicht in der Ferne liege. In dem gegenwärtigen Zeitpunkt, vierzehn Tage vor dem Beginn des neuen Quartals für die periodischen Schriften, wenige Wochen vor der Leipziger Oster-Messe, sei der Schlag, welcher uns dadurch trifft, daß wir unter unsren Brüdern fast die einzigen unter dem Zwange der politisch zwecklos gewordenen Präventiv-Gesetzgebung zurückgeblieben sind, für das buchhändlerische Gewerbe ein tödlich-

cher, tödlich nicht nur moralisch, nicht nur in der Würde unserer Stellung, dem gesamten Deutschland gegenüber, tödlich auch materiell, indem dadurch die gewerbliche Existenz zu Grunde gerichtet werde. Jeder verlorene Tag sei hier eine neue und schwerere Niederlage in dem Kampfe der literarischen Konkurrenz. Die Einstellung von Verlagsunternehmungen habe schon begonnen und nehme mit jedem Tage zu, die dadurch herbeigeführte Stockung von Druckarbeiten mache täglich größere Massen von Arbeitern in den Druckereien selbst und in allen den vielen mit dem Buchdruck verbundenen Geschäftszweigen brodlos. Es sei daher dringend nötig, daß ein gemeinsamer und schleuniger Schritt geschehe, um eine Wiederung dieses Zustandes herbeizuführen. — Die Versammlung beschloß auf den Vortrag des Vorsitzenden durch Acclamation eine Adressa zur Darstellung der Sachlage und mit der Bitte um schleunige Abhilfe an Se. Maj. den König zu richten; ferner beschloß sie mit sehr überwiegender Majorität, einen von einer kleineren Vorversammlung, der unter Anderen Hr. Commerzienrat C. F. W. Duncker beiwohnt hatte, bereits ausgearbeiteten Entwurf sogleich in Berathung zu nehmen. Der Entwurf wurde mit verschiedenen Abänderungen genehmigt und von den Anwesenden sogleich unterzeichnet. Auf den Vorschlag des Hrn. Simion wurde noch eine Commission ernannt, um ferner geeignete Schritte in der Angelegenheit des Buchhandels zu thun und erforderlichen Fällen die Gewerbsgenossen wieder zu versammeln. Diese Commission bildet die Mitglieder der Vorversammlung und einige neu hinzugewählte; sie besteht aus den Herren Berends, Besser, Comm.-R. Duncker, G. Julius, Leyfeld, Mittler (als Vorsitzender), Peters, Reimer, H. Schulze, Simion, Sittensfeld, Springer. Diese Commission wird sich zunächst mit einer Petition beschäftigen, welche dem Landtage durch einen der Abgeordneten überreicht werden soll. (Berl. Z. H.)

**Tilsit, 11. März.** Heute marschierte ein Theil der einbockerten Kriegsreserve nach ihrem Bestimmungs-Orte ab.

**Wesel, 11. März.** Gestern ist hier der Lieutenant v. Brust vom 17. Inf.-Reg. plötzlich verhaftet und seine Papiere sind vom Militärgericht durchsucht und dem Vernehmen nach zum Theile in Beschlag genommen worden. Das Ganze soll eine Folge der Austragung der Herren Anneke und v. Willich in Köln sein, mit denen v. B. allerdings in freundschaftlicher Verbindung stand. — Allgemein belächelt wird der Versuch einer republikanischen Propaganda in Brüssel welche ein paar Briefe mit unsinnigen Proklamationen an hiesige ganz achtungswerte Bürger gesandt hat die nicht begreifen, wie sie zu der seltsamen Ehre gekommen sein mögen, von jener Partei eine Zuschrift zu erhalten. (Köln. Itz.)

**Koblenz, 13. März.** Die vorgestern von Weißlar hier eingetroffenen Jäger haben, nachdem sie kaum angekommen waren, sogleich Ordre erhalten, nach Weißlar zurückzukehren. Man bringt diese Gegenordre mit den bedenklichen Verhältnissen in Hessen und mit andern Gerüchten in Verbindung. — Gestern strömten viele Bewohner von hier, von Vallendar, Ehrenbreitstein ic. nach dem in der Nähe liegenden Nassauischen Flecken Niederlahnstein, um sich dort der neuen Freiheit zu erfreuen. (Rh. u. Mosel.)

**Köln, 13. März.** Die Kölnische Zeitung zählt eine Menge rheinischer Städte auf, aus welchen Adressen an Se. Maj. den König geschickt worden sind.

Russische Offiziere, die sich hier befinden wollen wissen, daß der Kaiser ein Heer von 300,000 Mann schlagfertiger Truppen nach der preußischen Gränze zu dirigiren nicht abgeneigt sei, sobald man seinen Angriff auf Preußen mache. Russland hat seit Jahren ungemein gerüstet, ohne Aufsehen zu erregen. Es hat über 20,000 Kanonen zu disponiren und seine Kavalerie bis auf 160,000 Mann gebracht. Wenn die sämtlichen Linien zusammengezogen werden, so stehen 800,000 Mann Kettentruppen bereit, auf den ersten Wink ins Feld gegen jeden Feind zu ziehen. Die Reserve ist eben so stark; die Landwehr aber ist weit stärker, und dann kommt das Kosakenheer, etwa 80,000 Mann, an welche sich alle die andern Völker stämmen anschließen, deren Zahl Legion heißt. Ein wackeres Südmachen!

In Brüssel, Dudenarde und Alost soll sich eine starke Partei finden, die große Lust bezeugt, das Beispiel Frankreichs nachzuhahmen und eine Republik zu proklamieren. Sie wird scharf im Auge gehalten da Männer von Geist an der Spitze stehen sollen. (Düsseldorf. Z.)

**Breslau, 14. März.** Man sagt von den Bourbons, sie hätten Nichts gelernt und Nichts vergessen; so geht es auch manchem Zeitungs-Korrespondenten. Die merkwürdige Erscheinung, daß in Frankreich bei einer jüdischen Bevölkerung, die etwa kaum den 360sten

Theil der Gesamtbevölkerung beträgt, unter den Männern der provisor. Regierung Einer dem jüdischen Glaubens-Bekenntnisse angehört, daß außerdem der jetzt wieder freiwillig abgetretene Finanzminister gleichfalls Jude ist, hat diese Referenten nicht zu der ernsten Betrachtung veranlaßt, daß der nicht irre geleitete Volkswill nur die Tüchtigkeit, nicht das Glaubensbekenntnis achtet. Selbst die noch näher liegende Erfahrung im eigenen Vaterlande, wo überall die Aufhebung der auf religiöse Verschiedenheit erbauten politischen Schranken verlangt wird, bleibt unbeachtet. Aber daß man an einer einzigen Anstellung, welche von Cremer aus gegangen, ein Vergnügen nahm, und zwar nicht, weil der Angestellte (Rodrigues) ein Jude ist, sondern weil man seine Antecedentien nicht republikanisch genug fand, und daß die Democratie pacifique, welcher ohnedies der Gang der provisorischen Regierung nicht kommunistisch genug ist, deshalb an Cr. herumkämt und gern auch sein jüdisches Glaubensbekenntnis benutzt, um ihn dadurch vielleicht bei Einigen herabzusezen, dies erscheint solchen Correspondenten sehr wichtig; man wiederholt sorgsam die Anklage, spricht von Kameradschaften und dergl. Das ist, gelinde gesagt, unbesonnen in einer Zeit, wo man auf Einigung und nicht auf gegenseitiges Misstrauen hinarbeiten sollte. Ist Arago nicht auch getadelt worden, weil er seinen Bruder alsbald zum Postmeister eingesetzt? und ist es nicht natürlich, daß in dem ersten Augenblick Männer in so bedenklicher Stellung darauf denken müssen, sich mit Personen zu umgeben, auf deren Zuverlässigkeit sie auch deshalb rechnen können, weil sie mit ihnen persönlich befreundet sind? Ich bin weit entfernt, Cr. etwa Lamartine oder Arago gleichzustellen, aber von seiner Tüchtigkeit hat er in der kurzen Zeit seiner Verwaltung hinzängliche Beweise abgelegt, und daß man von der stachelnden Anklage jenes Blattes nirgends im Volke Notiz genommen, ist eine ernstere, aber auch erfreulichere Lehre, als jene vereinzelte Anklage, welche auch an ein untergegangenes Vorurtheil sich anklammert. Das im Elsaß bei jeder Bewegung religiöse Neigungen vorkommen, daß dort auch nicht selten zwischen Protestant und Katholiken blutige Kollisionen entstehen, ist ein Zeichen, daß jene Mischprovinz in ihrer Bildung zurückgeblieben ist; die beliebten Wendungen vom „Auslaugen der Bauern“ gehören eben blos den Berichterstattern an, die auch die neueste Geschichte durch die Brille des Mittelalters sehn. Solche Piraten haben ihre Kraft verloren. Man ist jetzt zu der Erkenntnis allgemein gelangt, daß keine Freiheit möglich ist, wenn gewisse Religionsgesellschaften von ihr ausgeschlossen sein sollen, und auch den Juden wird man mit in Aussicht gestellten Pöbel-Excessen nicht mehr bangen machen. Was das Volk gegenwärtig will, das wissen wir, das ist nicht freventliche Willkür, das ist gesetzlich garantierte Freiheit Aller.

Geiger.

**Deutschland**

Frankfurt, 13. März. Seit dem 12ten d. M. Mittags weht von dem Bundespalast auf der großen Eschenheimergasse die schwarz-roth-goldene Fahne, als Zeichen der Anerkennung von Seiten des Bundes-

(Allg. Pr. 3.)

München, 11. März, Abends. Fürst Ludwig v. Hohenzollern-Waldeck ist seit diesem Mittag seiner beiden Ministerposten enthoben. Das Portefeuille des Ministeriums des Königlichen Hauses und des Außenministeriums ist dem früheren Baron v. Berger, der frühere Ministerresident Baierns in der Schweiz, und das Portefeuille des Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten Hr. v. Beisler, der Verweser des Justizministeriums. Daß Fürst Waldeck sich nicht lange mehr auf seinem Posten halten könne, war seit mehreren Wochen schon vorauszusehen; welcher Umstand aber zunächst seine plötzliche Enthbung veranlaßte, ist in diesen Augenblicke nicht bekannt. Wir sagen: plötzliche Enthbung, denn einige Stunden zuvor schien der Fürst sie selbst nicht geahnt zu haben, da er noch in den Vormittagsstunden in den Kabinettszimmern des Studenten-Corps gegenwärtig war, als der Kronprinz dieselben besuchte. Der nahe bevorstehende Landtag wird wohl hierüber, wie über noch manches Andere, Aufklärung bringen. — Es verbreiten sich Gerüchte von weiteren bevorstehenden Veränderungen in den Ministerien. Außer den schon bekannten Namen nennt man jetzt die unserer Gesandten in Berlin und Petersburg, Grafen Lerchenfeld und Bray, denen Portefeuilles zugesetzt sein sollen; auch heißt es, Fürst Leiningen werde zum Präsidenten des Staatsräths ernannt werden. Ob und in wie weit diese Gerüchte begründet sind, werden die nächsten Tage zeigen.

(Nürnb. R.)

Das Regierungsblatt Nr. 9 (vom 11. März) enthält die offizielle Anzeige, daß der Ministerverweser des Innern v. Berck „auf sein gestilltes allunterthänigstes Ansuchen“ der Verweisung des genannten Ministeriums enthoben und zum Staatsrathe im außerordentlichen Dienste ernannt, und Fehr. v. Thon-Dittmer „auf von Sr. Majestät in ihm gesetztes Vertrauen“ zum Staatsrathe im ordentlichen Dienste und zum Ministerverweser des Innern ernannt worden ist. Die Aug. Ztg. enthält folgenden halboffiziellen Ar-

tikel: Es stand in diesem Blatte die Sage: „Bayern habe die Republik Frankreich anerkannt.“ Sr. Majestät der König wünscht Friede mit Frankreich, ohne daß solches von dessen Regierungsform abhängig; sollte es jedoch gegen Deutschland eine aggressive oder Gebietsausdehnungs-Politik annehmen, so wird Bayern, seinen Pflichten treu, den letzten Blutstropfen vergießen für des deutschen Vaterlandes Unabhängigkeit und Integrität.“

Aichaffenburg, 11. März. Gestern Abends kam eine Staffette von Miltenberg hier an, welche schleunigst militärische Hilfe verlangte. Eine sehr große Anzahl Bauern aus dem Odenwalde und aus dem Badischen hatte sich vor der Stadt gelagert und gedroht, sie in Brand zu stecken. Ein Haus außerhalb der Thore sollte bereits angezündet worden sein. Noch gestern Nachts um 10 Uhr sind 100 Mann mit 4 Offizieren auf einem besonderen Dampfschiffe dahin abgegangen. (N. R.)

Stuttgart, 10. März. Während unter der Bürgerschaft die einhellige Absicht sich kund giebt, das neue Ministerium mit allen Kräften zu unterstützen, dringen die betrübendsten Nachrichten vom Lande zu uns. Im Jatz- und Kirchhale, dem alten Heerde des Bauernkriegs, wiederholen sich die Scenen einer Zeit, welche 300 Jahre hinter uns läge, hätten die mediatisirten Fürsten und die ehemalige Reichsritterschaft, statt sich allem Ansinnen auf Ablösung zu widersetzen und auf ihre durch die Bundesakte und die Bundesversammlung geschülten drückenden Privilegien zu pochen, dem wohlgemeinten Rathe gefolgt, den alle in die Ferne blickenden Männer ihnen wiederholt und öffentlich ertheilt. Der Bauernkrieg ist förmlich wieder entbrannt. Das schreckliche Lösungswort: Krieg den Schlössern! ist bereits durch die Einsächerung einer Zahl derselben durch bewaffnete Banden von Bauern zur gräuelhaftesten Wirklichkeit geworden. Der Aufstand ist in den Besitzungen der Fürsten von Hohenlohe entbrannt. Das Schloss und die Domänenkanzlei zu Niederstetten, Hauptort der Hohenlohe-Wartensteinschen Besitzungen, wurde zuerst von den wütenden Bauern angezündet; alle Grundbücher, alle Dokumente der fürstlichen Kanzlei planmäßig in die Flammen geworfen; alle fremden Löschmannschaften mit Gewalt vertrieben. Ihm ist, wie man heute erfährt, wenige Tage darauf das Schloss und die Domänenkanzlei der Fürsten von Hohenlohe zu Dehringen gefolgt. Tausende von bewaffneten Bauern sollen in das Städtchen eingedrungen und unter dem Rufe: Nieder mit Hohenlohe! das schreckliche Werk vollbracht haben. Die obrigkeitliche Gewalt mußte der Empörung weichen. Das Schloss der H.H. von Ellrichshausen zu Uffenstadt, das der H.H. von Berlichingen zu Järlshausen (des alten Götz Schloss), des Führers im Bauernkriege des 16. Jahrhunderts! — Alle sind zu Asche verwandelt. Durch den ganzen Jatzgrund bis hinab zur Tauber braust und wütet der Baueraufstand. Man hat in aller Eile 2000 Mann Soldaten von Ludwigsburg und Heilbronn dahin abgeschickt; aber was wird das nützen, wenn die Empörung sich über Hunderte von grundherrlichen Dörfern ausbreitet, wie es den Anschein hat? Das neue Ministerium hat eine schwere Aufgabe dadurch bekommen, und die unselige Unthätigkeit seiner Vorgänger in der Ablösungsfrage hinterläßt ihm ein erschreckendes Inventarium. Um so kräftiger und energischer müssen sich alle diejenigen um es rüthen, denen das Wohl, die Ruhe und die Freiheit des Vaterlandes ernstlich am Herzen liegt; und jeder frühere Parteikampf muß alsbald aufhören, denn Niemand kann sich darüber täuschen: „das Vaterland ist in Gefahr.“

Nachricht. Eben gehen Nachrichten ein, daß auch auf dem Schwarzwald ernste Bauernruhen ausgebrochen sind. Unter solchen Umständen wird das Gesetz über Volksbewaffnung vorerst sich wohl auf die Bewaffnung der städtischen Bürger beschränken müssen. (Deutsche Z.)

Aus den beunruhigten Landestheilen gehen dem Schw. Merk. unter dem 12. März Mittheilungen zu, welche jedoch keineswegs so bestimmte Nachrichten enthalten, wie sie zur Beruhigung wünschenswerth wären. In einer Mittheilung heißt es: Järlshausen ist keineswegs, wie man verbreitet hatte, abgebrannt, wohl aber sehr bedroht. Die an Baden von Württemberg übergegangenen Orte Kessach und Rossach sind aufgestanden und verlangen von ihren Grundherrschaften das an sie schon längere Zeit bezahlte Ablösungsgeld baar zurück, weil jetzt die Zeit gekommen sei, wo sie ohnehin davon frei würden, und wollten durchaus die Dokumente verbrennen. Die Gutsherren haben sich an den Geheimen Rath gewendet und um Bestand gegen die ausländischen Bauern, auch in Berlichingen und Järlshausen, gebeten. Gegen das Rentamt in Järlshausen zog eine Rote, die Gültbücher verlangend. Gleiche Forderungen stellten andere an das v. Gemmingensche Rentamt in Widdern, ohne Exesse zu verüben. In

der Nacht auf den 14ten kam ein Reitender um den andern in Neckarsulm an, um Hilfe vom k. Oberamt zu verlangen, es wurde Militär von Heilbronn requirierte. Möge es ihm gelingen, die Ruhe wieder herzustellen! — In den Oberämtern Künzelsau und Dehringen sind nach Mittheilungen, die gestern Abend (11.) ankamen, keine Gewaltthandlungen gegen Personen und Eigenthum vorgefallen. Dagegen nahmen in Ingelfingen die Bauern aus dem Dehringenischen Archiv Akten und drohten in Dehringen, wenn selbige ihnen nicht bis Montag ausgeliefert würden, sie selbst zu nehmen. Ihre Beschwerde ist die, daß vielfach Akten nicht zur Einsicht der Bauern gelangen, wenn sie ihnen Güntzes enthalten. — Angesichts der betrübenden Vorgänge in Niederstetten und in anderen Theilen unseres Kreises macht das Auftreten der Landleute im Kirchbergischen einen um so erfreulicherem Eindruck. Schon am Donnerstag dem 9ten war in Roth am See auf der dortigen Versammlung von den Abgeordneten von angesehenen Mitglieder des Bauernstandes dringend zur Mäßigung und Geselligkeit ermahnt worden, und wurde eine weitere Versammlung auf Freitag den 10. nach Landsiedel festgesetzt. Von da zog nun an diesem Tage Nachmittags eine große Schaar Landleute nach Kirchberg vor das Rathaus, um ihre Wünsche und Beschwerden vorzubringen, aber in solcher Ordnung, daß Alle zuvor selbst ihre Stöcke und Peisen in den Häusern abgaben und die ganze Menge fast lautlos harzte, was ihre Sprecher ausrichteten. Mit erfreulichem, rühmenswerthen Zuvikommen ward eine Deputation vor dem Fürsten selbst geladen, und der würdige, menschenfreudliche Herr hatte, dem Vernehmen nach, die Freude, eben in ihrem Auftreten die Bürgerschaft zu finden, daß in seinen Besitzungen die Ruhe gesichert sei und auf dem Wege des Vertrauens auch die Schwierigkeit der jetzigen Zeit sich überwinden lassen. Auf diese Weise allein kann die jetzige Bewegung eine gesegnete werden und dem Freunde des Vaterlandes und unserer großen deutschen Sache, dem alle Ungezüglichkeiten unendlich wehe thun müssen, muß es zur größten Freude gereichen, daß unser Bauernstand so ehrenwerth sich zeigt und eine neue bessere Zukunft auf gutem Wege anbahnen hilft. Möge dieses schöne Beispiel nicht das einzige sein!

Darmstadt, 12. März. Am 11ten befanden sich unter dem Einlauf der zweiten Kammer Anträge des Abgeordneten Ziz auf Anerkennung der französischen Republik, Loslösung von den Wiener Beschlüssen, bezüglich der Standesherren, und Kassirung des mit dem Fürsten von Thurn und Taxis abgeschlossenen Postlehenvertrags. Derselbe Abgeordnete entwickelte einen Antrag auf Entfernung des Prinzen Emil und des früheren Kanzlers von Linde aus der ersten Kammer und von allem Einfluß in Staats-Angelegenheiten. Der Antragsteller behauptet, daß trotz der gemachten Concessionen die Aufregung, namentlich in Rheinhessen, sich nicht legen werde, bis jene beiden Herren, welche Ruhe und Eintracht stören, entfernt würden. Minister v. Gagern bemerkte: er finde es bei den jetzigen Umständen natürlich, daß das Volk misstrauisch sei; aber wenn man annahme, daß die Räthe des Mitregenten nicht Macht hätten, das Rechte und Gute durchzuführen, so müsse er dieses für ein Misstrauensvotum halten und seine Mission als geendet ansehen. Er versichert mit Wärme, daß er das vollste Vertrauen des Mitregenten genieße, und daß auch Prinz Emil von der Notwendigkeit des neuen Systems vollständig überzeugt und zu dessen Unterstützung bereit sei. So habe die erste Kammer auch gleich die vorgelegten drei wichtigen Gesetzentwürfe (Aufhebung des Polizeistrafgesetzes und der Censur, freies Petitions- und Versammlungsrecht) angenommen. Rheinhessen sei der Freiheit, aber auch der Ordnung und Geselligkeit ergeben. Nie werde eine Proscriptionsmaßregel erfolgen, so lange er im Amte sei. Auf den Wunsch des Ministers nahm Ziz den Antrag zurück, da er kein Misstrauensvotum gegen die Regierung wolle. Bezüglich der Anerkennung der französischen Republik

bemerkte Herr v. Gagern, daß der Gesandte derselben bereits mit ihm in Verbindung getreten sei, und die Anerkennung sofort erfolgen werde, da er für jedes Volk das Recht anerkenne und vindicare, seine Geschick selbst zu bestimmen. Auf die Aufrechthaltung des Friedens zähle er fest. (Hess. u. Berl. Bl.)

Dresden, 13. März. Se. königl. Majestät haben den Staatsminister von Koenneritz aus dem Staatsdienst entlassen.\* — Se. königl. Majestät haben auch die Entlassung der Staatsminister von Beschau, von Wietersheim, von Carlowitz und von Oppell beschlossen, zugleich jedoch angeordnet, daß sie die ihnen übertragenen Departements so lange fortführen sollen, bis die ihnen des baldigsten zu gebenden Nachfolger eintreten sein werden.

(Leipz. Z.)

\* Dresden, 14. März (Nachmittags). Als die Nachfolger der abgetretenen Minister werden durch das Gerücht bezeichnet: Dr. Braun, bekannt als Präsident der zweiten Kammer, welcher das Ministerium des Innern, Dr. Zschinsky, welcher die Justiz, Siegmund, welcher das Kriegsministerium, Professor Hofrath v. d. Pfordten, welcher das Kultusministerium, und v. Beust, welcher das Neustadt, v. Ehrenstein, welcher die Finanzen erhalten soll.

Kassel, 12. März. Die heutige Kasseler Zeitung enthält folgende kurfürstliche Proklamation:

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm I., Kurfürst und souveräner Landgraf von Hessen zt. zt. finden Uns allergnädigst bevogen, zu den durch Unsere allerhöchste Bekündigung vom 7en d. Mts. erlassenen Bestimmungen folgende weitere Zusagen zu ertheilen: 1)

Bei der Besetzung aller Ministerien, soweit diese nicht neuerdings bereits ge-

schehen, werden Wir darauf Bedacht nehmen, Männer, welche das Vertr. aus des Volkes genießen, dazu zu berufen.

2) Über die Bewilligung vollständiger Pressefreiheit haben

Wir bereits heute eine Verordnung erlassen. 3) Es wird

für alle seit dem Jahre 1830 bis hierhin begangenen politi-

chen Vergehen, insoweit solche nicht durch die Bestimmung

in § 126 Abschn. 4 der Verfassungsurkunde von dem lan-

des herrlichen Begnadigungsberechte ausgenommen sind, voll-

ständige Amnestie bewilligt. Zur Herbeiführung einer glei-

chen Amnestie auch hinsichtlich der auf den Umsturz der Ver-

fassung zt. gerichteten Unternehmungen soll der dermaligen

Stände-Versammlung alsbald ein Gesetz vorgelegt werden.

4) Wir gewähren vollständige Religions- und Gewissens-

Freiheit und deren Ausübung. 5) Alle den Genuss verfas-

sungsmäßiger Rechte, insbesondere des Petitions-, Einigungs-

- und Versammlungs-Rechtes beschränkenden Beschlüsse

wollen Wir hiermit aufheben. 6) Die durch Unsere Bekün-

digung vom 7en d. M. zugesicherten und in Beziehung

auf die Uns vorgetragenen Desiderien weiter erforderlichen

Gesetz-Entwürfe sollen der dermaligen Stände-Versammlung

vorgelegt werden. 7) Wir werden dahin wirken, daß bei

dem Bundestage National-Befreiung eingeführt werde. Ur-

kundlich unter Unserer allerhöchstgeehrten Unterschrift

gegeben zu Kassel, am 11. März 1848. Friedrich Wil-

helm. vt. Baumgardt. — vt. Morchutt. (Hierauf folgt

eine Verordnung von gleichem Tage, welche die Censur auf-

hebt und Preservergehen bis auf weiteres an die gewöhnli-

chen Strafgesetze verweist.)

Der Ober-Bürgermeister Eberhard zu Hanau ist

zum Regierungsrath und provisorischen Vorstand des

Ministeriums des Innern ernannt.

Hanau, 13. März. Gestern Abend bis tief in die Nacht war die Stadt glänzend erleuchtet und heute Vormittag durchbonnern tausend Freudenlösse die Stadt. Die Freisaaren sind noch bewaffnet. Das 3. Infanterie-Regiment wird unter dem Geläute aller Glocken und mit Klingendem Spiel hierher zurückkehren; dann beginnt unmittelbar darauf der Gottesdienst. Es ist Alles in Freude; doch hat die Stadt noch ein kriegerisches Aussehen.

(L. Z.)

Lugemburg, 10. März. Gestern ist die erste Verstärkung der Besatzung angelangt. Gegen 120 bis 140 Artilleristen, denen noch mehrere folgen werden. Auch die Infanterie-Reserven werden erwartet, durch deren Ankunft die 5 hier garnisonirenden Bataillons die Kriegsstärke von 1000 Mann erhalten werden. Die Besatzung wird dann gegen 6000 Mann stark sein. Sobald die Verstärkungen alle eingetroffen sind, wird Se. k. h. der Prinz Friedrich hierher kommen. An der Verpallisirung wird eifrig gearbeitet, sonst deutet kein äußeres Zeichen die ununterbrochene militärische Thätigkeit an.

(Rh. Beob.)

Altona, 13. März. Heute wurde in einer Bürgerversammlung eine Petition an den König beschlossen, die bereits nach Kopenhagen abgesandt worden ist, in welcher auf sofortige Wiederherstellung unbedingter Pressefreiheit, auf sofortige Wiederherstellung unbedingter Versammlungsfreiheit mit Redefreiheit, auf sofortige Bewaffnung aller waffenfähigen Bürger angetragen und die Herstellung einer gesonderten schleswig-holsteinischen Verfassung, auf freiester volkschümlicher Grundlage, mit Verantwortlichkeit der Minister, gehandhabt von einer gemeinschaftlichen schleswig-holsteinischen Stände-Versammlung; die Herstellung einer Repräsentation des deutschen Volkes beim deutschen Bunde; die Herstellung einer zeitgemäßen Gerichtsverfassung mit dem Prinzip des Geschworenengerichts beansprucht wird.

Niel, 13. März. Abends. Um 8 Uhr ist eine Post von Kopenhagen angekommen. Sie hat uns ein Pressgesetz oder eigentlich drei Pressgesetze mitgebracht. Eins für Schleswig, eins für Holstein und eins für Lauenburg, dem Inhalte nach fast übereinstimmend.

\* Wie bereits unser Dresdener Korrespondent in der gestr. Bresl. Zeitg. gemeldet.

Dieses Gesetz aber ist dem in Dänemark geltenden Pressgesetz ganz nachgebildet. Es genügt uns keineswegs, so wie es bekanntlich den Dänen auch lange schon nicht mehr genügt hat. Dieses Gesetz bietet gar keine Gewähr für eine freie Presse. — Ein Gerücht, welches hier gestern eine große Aufregung verursachte und nach welchem der dänische Staatsrath, allein mit Widerspruch des Grafen Moltke, die Incorporation Schleswigs beschlossen und nur der König seine Genehmigung sich noch vorbehalten haben sollte, können wir, nach glaubhaften Quellen, als ganz unbegründet und den Ursprung desselben als durchaus apropophatisch bezeichnen. Wenn ein solcher Gewaltschritt auch von manchen Mitgliedern des Staatsraths beantragt sein und selbst lebhaft gewünscht werden mag, wenn ein großer Theil der Bevölkerung Kopenhagens auch Alles aufbieten mag, um ihn herbeizuführen: so ist derselbe, nach den letzten authentischen Berichten aus Kopenhagen, noch nicht geschehen, und hoffen wir, daß der König niemals eine Maßregel sanctioniren werde, welche seinen eigenen Ansprüchen zufolge dem Rechte widerstreitet und welche in den Herzogthümern das Signal sein würde zu einer Bewegung, deren Ende und Resultat nicht abzusehen ist. Eben so unbegründet wird ein anderes, sich heute aus Briefen von Berlin hier verbreitendes Gerücht sein, daß ein in Neu-Ruppin garnisonirendes Regiment Preußen in Holstein einrücken solle.

(Börsenhalle.)

### D e s s e r e i c h .

[Amtliche Mittheilungen.]

I. Se. k. k. Majestät haben folgendes allerhöchste Kabinettschreiben an den Obersten Kanzler allergnädigst zu erlassen geruht:

„Ich habe die Errichtung einer Nationalgarde zur Aufrechthaltung der gesetzmäßigen Ruhe und Ordnung der Residenz und zum Schutz der Personen und des Eigenthums, und zwar unter den Geantien, welche sowohl der Besitz als die Intelligenz dem Staate darbieten, zu bewilligen geruht, und versehe sich von der Treue und der Ergebenheit Ihrer Untertanen, daß sie dem Ihnen bewiesenen Vertrauen entsprechen werden. — Zugleich haben Se. Majestät Ihren Oberst-Jägermeister und Feldmarschall-Lieutenant Grafen von Hoyos zum Befehlshaber der Nationalgarde ernannt. — Wien, am 14. März 1848. — Johann Talazko Freiherr v. Gesteticz, k. k. niederösterreichischer Regierungspräsident.“

Gewährung herbeizuführen. — Fest entschlossen, die Würde Ihres Thrones nicht zu gefährden, haben Se. Maj. die Wiederherstellung und Erhaltung der Ruhe und Ordnung Sr. Durchlaucht dem Feldmarschall-Lieutenant Alfred Fürsten v. Windischgrätz zu übertragen und demselben alle Civil- und Militärbehörden unterzuordnen geruht, mit gleichzeitiger Uebertragung aller zu diesem Zwecke nothwendigen Vollmachten. — Se. Majestät erwarten von der stets bewährten Treue und Anhänglichkeit der gesammten Bürgerschaft, daß sie, vereint mit ihren tapfern Truppen, die Bestrebungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe mit allen ihren Kräften unterstützen werden. — Wien, am 14. März 1848. — Johann Talazko Freiherr von Gesteticz, k. k. niederösterreichischer Regierungspräsident.“

IV. „Se. Maj. haben die Errichtung einer Nationalgarde zur Aufrechthaltung der gesetzmäßigen Ruhe und Ordnung der Residenz und zum Schutz der Personen und des Eigenthums, und zwar unter den Geantien, welche sowohl der Besitz als die Intelligenz dem Staate darbieten, zu bewilligen geruht, und versehe sich von der Treue und der Ergebenheit Ihrer Untertanen, daß sie dem Ihnen bewiesenen Vertrauen entsprechen werden. — Zugleich haben Se. Majestät Ihren Oberst-Jägermeister und Feldmarschall-Lieutenant Grafen von Hoyos zum Befehlshaber der Nationalgarde ernannt. — Wien, am 14. März 1848. — Johann Talazko Freiherr v. Gesteticz, k. k. niederösterreichischer Regierungspräsident.“

V. Se. k. k. apostolische Majestät haben die Aufhebung der Censur und die alsbalige Veröffentlichung eines Pressgesetzes allergnädigst zu beschließen geruht. — Wien, am 14. März 1848. — Johann Talazko Freiherr v. Gesteticz, k. k. niederösterreichischer Regierungspräsident.

### [Mittheilungen der Wiener Blätter.]

(Desterr. Beob.) Durch eine Bewegung in den Gemüthern der Einwohner Wiens ist eine Veränderung in der Verwaltung dieses Landes herbeigeführt, welche in dem naturgemäßen Gange der europäischen Länder zu liegen scheint. Die Censur ist beseitigt; die Presse ist freigegeben. — Von uns selbst hängt es jetzt ab, ob dieser Fortschritt zum Segen oder zum Nachteil für Österreich gereichen soll. Ist es heute unsere Pflicht, die ruhige, wohlüberlegte Beseitigung so mancher Gebrechen und Uebelstände unterstützen zu helfen, so liegt es uns nicht minder ob, uns und allen Zeitgenossen die große Wahrheit vor Augen zu halten: daß, so wie Österreich seine europäische Stellung und seine Ehre in der Geschichte zu vertreten hat, gleichzeitig auch die Welt und Deutschland insbesondere, ein großes, einiges und zeitgemäß geordnetes Österreich nicht entbehren können. — Wir schwächen uns glücklich, dem Ausland berichten zu können, daß diese Stimmung in den beiden jüngst verwichenen Tagen in allen Klassen der Gesellschaft die unbedingt vorherrschende war, und daß die tiefe, innige Anhänglichkeit an das allerdurchdringlichste Kaiserhaus, welche Gut und Blut für die Erhaltung dieser Monarchie gegen jeden äußeren Feind einzehlen würde, nicht einen Augenblick erschüttert war.

(Wiener Z.) Wir glauben es unsern Lesern schuldig zu sein, die Ereignisse, welche in den letzten Tagen die Hauptstadt in eine ungewöhnliche Aufregung versetzt haben, in Kürze darzustellen. Der auf den 13. d. anstehenden Zusammentritt der niederöster. Landstände, welcher, wie verlautet, hauptsächlich den Zweck hatte, eine an den Thron zu bringende Petition um zeitgemäße Reformen und namentlich um Aufhebung der Censur und Herstellung eines Rechtszustandes in der Presse in Berücksichtigung zu ziehen, hatte schon mehrere Tage vorher alle Gemüther heftig ergriffen. Eine mit Tausenden von Unterschriften, vornehmlich aus dem Bürgerstande bedeckte Adressa, welche die Wünsche des besonnenen und patriotisch gesinnten Theiles der Bevölkerung Wiens aussprach, wurde bereits am 11. dem ständischen Verordneten-Kollegium überreicht, und von demselben freundlich entgegengenommen. — Den 12. Früh hatte sich die gesammte Studierende Jugend, unter Buziehung der Schüler des politechnischen Institutes, in der Universitäts-Halle versammelt, und ebenfalls eine Schrift entworfen, welche ihre Wünsche, ungefähr im gleichen Sinne mit jenen der Bürgerschaft, zu erkennen gab. Den akademischen Autoritäten gelang es, die aufgeregte Jugend zu beschwichtigen, indem sich eine Deputation derselben erbötzig zeigte, die entworfene Petition persönlich in die Hände Seiner Majestät niederzulegen, was auch noch am selben Tage um 6 Uhr erfolgte. — Den 13ten Morgens hatten sich die Studirenden abermals in der Universitäts-Halle versammelt, und durch den Zeitpunkt möglicher Fortsetzung in der Beilage.)

# Erste Beilage zu № 65 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 17. März 1848.

(Fortsetzung.)

Städtische versammelten. Von dort aus zogen sie in größter Ordnung, aber unter dem Zusammenflusse einer bedeutenden Menschenmenge, in das ständische Haus, wo eine Deputation derselben vor die versammelten Landstände beschieden wurde, um diesen ihre Wünsche darzulegen. Mittlerweile hatte sich der Hofraum des ständischen Hauses ganz mit Menschen gefüllt; auch in der Herrngasse, auf der Freiung, dem Hofe, dem Ballplatz und bildeten sich zahlreiche Versammlungen, unter denen einzelne Redner aufraten, welche zu festem, initiativen Anschluss an das geliebte Kaiserhaus aufforderten, aber zugleich die durch die Zeitverhältnisse dringend geforderten Änderungen im Verwaltungs-Systeme anbelebten. Um die aufgeregten Massen zu beruhigen, entschlossen sich die Herren Stände, sich zu Seiner Majestät zu begeben, und die Wünsche des Volkes an den Thron zu bringen. Während dem geschah es, daß durch ein unglückliches Mißverständnis die im Hofraume des ständischen Hauses versammelte Menge zu einer tumultuarischen Entfernung einiger Thüren und Zerrüttung der Einrichtung mehrerer Gemächer verleitet wurde. Unterdessen waren von Seite der Regierung ernste militärische Maßregeln ergangen, die Thore der Stadt für Fahrende gesperrt, die Basteien mit Kasernen besetzt, solche auf mehreren Plätzen aufgefahrene und eben so mehrere Plätze und Straßen mit Truppenabtheilungen besetzt worden. Die besonders in der Umgebung des Ständehauses hin- und herwogende Volksmenge benahm sich im Ganzen ruhig und gemäßigt. Leider kam es dennoch an einigen Orten im Laufe des Nachmittags zu einem bedauerlichen Zusammenstoß, der mehreren Menschen das Leben kostete, wiewohl zu Ehren des Militärs bemerkt werden muß, daß von denselben durchweg nur dort von der Waffe Gebrauch gemacht wurde, wo es dazu durch förmliche Thätigkeiten herausfordert war. — Um 5 Uhr war die Universitätshalle abermals ganz mit Studenten gefüllt, und eine neuzeitliche Deputation, unter Anführung des Rector magnificus nach Hofe abgeordnet, um die bedrohte Lage der Hauptstadt darzustellen, und weiteres Blutvergießen zu verhindern. — Gegen Abend wurde endlich die unserm gestrigen Blatte beiliegende Kundmachung des niederösterreichischen Regierungs-Präsidiums (dieselbe ist der Redaktion der Bresl. Beg. nicht zugekommen) allenfalls vertheilt, und bald darauf verbreitete sich die Nachricht, daß Fürst Metternich seine Stelle in die Hände des Kaisers niedergelegt habe. — Abends war die ganze Stadt wie durch einen Zauberstrahl glänzend erleuchtet. Die Nacht ging im Innern derselben auch ziemlich ruhig vorüber. Zahlreiche Patrouillen der Bürgergarde, verstärkt durch die schnell in Reihe und Glied getretenen Studirenden, durchzogen die Straßen und wurden überall mit freudigem Behen der Dächer und unendlichem Jubel begrüßt. In den Vorstädten und außerhalb der Linien sollen leider bedauerliche Excesse vorgefallen sein, worüber wir noch nichts Bestimmtes berichten können. Den 14ten Morgens wurde die schon Abends vorher bewilligte Bewaffnung der studirenden Jugend und der Bürger eingeleitet, um die Ruhe der noch immer tief bewegten Hauptstadt zu schützen. Als ie einstimmigen Wünsche der Bevölkerung werden bezeichnet: Aufhebung der Censur, Herstellung einer zeitgemäßen Municipal- und Gemeindeverfassung, Durchführung des Grundsakes der öffentlichen Rechtspflege und Verwaltung, Errichtung einer Nationalgarde, Vertretung des Bürger- und Bauernstandes in den ständischen Versammlungen, Einberufung von Reichsständen aus allen Provinzen der Monarchie, mit Ausnahme von Ungarn und seinen Nebenländern. Dadurch hofft man, Österreich jene Einigkeit und Stärke zu verleihen, welcher es nothwendig bedarf, um dem Auslande gegenüber die den grossen Hülfssquellen dieses Kaiserstaates entsprechende Stellung einzunehmen. Durch Befriedigung dieser Wünsche wird die unverbrüchliche Treue, mit welcher der Österreicher an seinem angestammten Herrscherhause hängt, nur noch mehr bestigt werden.

[Correspondenz.]

Wien, 12. März.\* Der k. französische Botshafter Graf Glahault, ein eifriger Anhänger des vertriebenen Königs, hat vor seiner Abreise nach England noch mit dem Fürsten Metternich einen heftigen Auftritt gehabt, wobei er dem Letzteren bittere Wahrheiten sagte und ihm namentlich vorwarf, durch seinen Einfluss auf Guizot den Sturz der Dynastie Orleans herbeigeführt zu haben. Der Legations-

\* Wirtheilen dieses Schreiben, da es unbegreiflicherweise erst heute mit den Briefen vom 15. in unsere Hände kommt, als verspätet mit.

Sekretär Cavagnagh besorgt inzwischen die Geschäfte, damit bis zur Wiederherstellung der diplomatischen Verbindungen zwischen Frankreich und Österreich die Nationalinteressen nicht ganz unbewahrt bleiben. — Die Erregtheit der Geister ist noch beständig im Wachsen, und es müssen baldige Konzessionen eintreten, soll der in den Gemächern angehäuften Bündstoff nicht zum Ausbruch kommen. Fortwährend werden Versammlungen und Beratungen gehalten, so im großen Aula-Saal, wo 2000 Studenten anwesend waren, von denen auch mehrere das Wort ergriffen; die meisten Beifalls-Bezeugungen erntete Professor Hye, der mit hinzender Wärme und Begeisterung sprach, während Professor Endlicher, ein Künstling Metternichs, einen ironischen Ton anzuschlagen versuchte, der mit Indignation zurückgewiesen wurde. Später ward die Petition unterschrieben und von einer Deputation sogleich Sr. Maj. dem Kaiser überreicht. Wie schon erwähnt worden, wird in derselben den politischen Reformen überhaupt das Wort geredet, allein vorzugsweise eine Umgestaltung des Studienwesens und vollständige Lehr-Freiheit angestrebt. Sehr beachtenswerth ist bei allen diesen Vorgängen die Haltung unserer Polizei, welche sonst immer rasch zur Hand ist, sobald es sich um Unterdrückung liberaler Bestrebungen handelt, diesmal aber ganz und gar passiv bleibt, obschon derlei Versammlungen und Kollektivbitten dem bestehenden Gesetz entgegen sind und folglich verboten werden müssten. Einen Augenblick soll Graf Seldnitzky, an solche Erscheinungen nicht gewöhnt, entschlossen gewesen sein, alle Manifestationen mit Polizeigewalt niederzuhalten und alle jene Vereine zu schließen, in denen Petitionen angeregt würden, doch von der Macht der Bewegung und der Einstimmigkeit der Gemüthe unterrichtet, trat der Polizeiminister von diesem Vorhaben zurück und werden dem schwelenden Reformdrang keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt. An die Stelle d.s. zum k. k. Staatsminister ernannten und zum Chef der italienischen Hofkanzlei zu Verona bestimmten Grafen Montecuculi-Laderchi soll der Hofkatholik Graf Breuner von der k. k. Hofkammer im Münz- und Bergwesen zur Würde eines Landmarschalls der Landstände von Niederösterreich erhoben werden. Graf Breuner ist der Sprosse eines uralten Adelsgeschlechtes und überaus reich, dabei ein Freund ständisch-n Lebens und von ihm ging im verschlossenen Jahre der Antrag wegen der Vertreibung des Bürgerstandes am Landtage aus. Jüngst sollte im Concert spirituel die russische Volks-hymne vorgetragen werden. Kaum hatte die Musik begonnen, so erscholl allgemeines Zischen, Murren und Gepolter, so daß die Instrumente verstummen mussten.

Wien, 13. März. Die Lösung des Aufzugs ist: „Es lebe der Kaiser“ — „Nieder mit Metternich und dem Bürgermeister“, „öffentliche Rechnungslegung über die letzten zwei Staatsanleihen“ und „öffentliche Gericht“, dann „Preß- und Religionsfreiheit.“ — Alle Bastionen stehen voll Geschütze und die Bedienung mit brennenden Lutten dabei, die öffentlichen Auffahnen sind durch frisch aufgeworfene Brustwehren gesperrt. Die nicht eingetheilte Artillerie ist mit Gewehren bewaffnet und macht Patrouillen. Ein Dragoner-Rittmeister hat einen Studenten verwundet, augenblicklich riß man ihn vom Pferde und setzte den Verwundeten darauf, der dann durch alle Gassen geführt wurde. — Bucian, ein 22jähriger Pole, ist der Volksredner. Alle Thore sind gesperrt, Niemand darf herein, hinaus Alles. Der Bahnhof ist mit Kanonen besetzt. Die Vorstädte sind noch scheinbar ruhig gewesen. Alles fürchtet die heutige Nacht.

Wien, 14. März. Der nachstehende „Aufruf an die Bürger Wiens“, der im juridisch-politischen Leseverein geschrieben und in Hirschfelds Buchdruckerei gedruckt worden, ist das erste hierorts ohne Censur erschienene Flugblatt. „Bürger von Wien! Das Volk hat gestern lang unterdrückte Wünsche laut werden lassen, und Ihr wißt alle, wie darauf geantwortet wurde! — Bürger und Freunde! Von heute an haben wir eine solche Antwort nicht mehr nicht zu fürchten, um so mehr stehen unsere Wünsche an der Pforte der Erfüllung! Lassen wir sie Da nicht stehen! Welche Hindernisse uns auch noch entgegentreten mögen, das Recht und die Zeit ist für uns! — wir dürfen nur wollen, und wir werden haben! — Aber wir müssen wissen, was wir wollen! — Hört den Grund dafür! — Man sagt, vor Allem muß Ordnung und Sicherheit sein; aber ich frage, wodurch wollt Ihr diese herstellen? Wieder durch Waffengewalt, wie es gestern versucht wurde? — Man hat die Wirkung gesehen! — Also wodurch? — Antwort: Nur durch Einigkeit! — Aber ich frage weiter: Wodurch wollt Ihr die Einigkeit begründen? — Antwort: Nur dadurch — daß Alle in dem, was sie wollen, übereinstimmen. Soll man aber darin übereinstimmen, so muß man wissen, was man will! — Die Punkte, in denen sich die Wünsche Aller vereinigen, müssen auch Allen bekannt, müssen die Fahne sein, um welche sich alle wahren Freunde des Volks und des öffentlichen Wohls sammeln können! — Mitbürger! Es kann über diese Punkte kein Zweifel mehr sein! Wir haben so viele Jahre lang erfahren, was uns fehlt, was uns drückt — das genügt, um zu wissen, was uns jetzt Noth thut! — Es thut Uns aber Noth vor Allem, „Freiheit der Presse“, damit die guten Bürger ihre Beschwerden und Wünsche offen aussprechen können, und keiner Aufstande dazu bedürfen! — Ihr wißt, daß bereits nicht nur dieser erste Punkt, sondern auch die so dringende nötige allgemeine Bewaffnung uns zugestanden ist, durch Errichtung einer Nationalgarde unter dem so hochgeachteten Grafen Hoyos! — Indem wir dies mit dem freudigsten Danke annehmen, kann es uns doch nur eine Aufforderung sein, weiter zu gehen zu dem, was nicht minder Noth thut, und ebenso allgemeiner Wunsch ist — das ist eine billiger und gleichmäßiger vertheilte Besteuerung; und die Hauptfache hierbei: öffentliche Rechenschaft über die Verwendung der Abgaben, also Verantwortlichkeit auch der höchsten Staatsbeamten! — Eine solche Verantwortlichkeit der Beamten vor dem Volk kann nicht stattfinden, wenn nicht das Volk wirklich vertreten ist, durch erwählte Männer aus seiner Mitte, welche öffentlich die allgemeinen Interessen schützen und fördern! — Also eine allgemeine, wahre und öffentliche Volksvertretung, keine geheimen Stände! — Bürger! Damit sind die Fundamente für Erfüllung aller andern gerechten Wünsche des Volkes gelegt. — Haben wir wahrhaft volkstümliche Vertreter, so werden dieselben nicht ermangeln, sofort auf Verminderung des stehenden Heeres in Friedenszeiten, so wie auf Verminderung der übermäßigen Auslagen dafür zu dringen! — Dieselben werden nachdrücklich wirken für Verbesserung des Gerichtswesens, für Freiheit des Glaubens — für Hebung des öffentlichen Unterrichts, der Gewerbe und des Handels, sowie für alle andern zeitgemäßen Bedürfnisse des Volkes! — Bürger! Hüten wir uns, daß wir nicht zu viel verlangen und nichts Unzeitiges! Aber lassen wir auch nicht Tage der Erfüllung vorübergehen, welche oft in einem halben Jahrhundert nicht wieder zurückkehren! Fordern wir nur, was unsre deutschen Brüder schon lange besitzen und auf's Neue sich errungen haben! Wir sind nicht weniger wert als sie; denn wir sind nicht weniger treu und wohlgesinnt! — Aus dieser treuen und guten Gesinnung Aller lasst uns zuerst unser Recht schöpfen und feststellen; in dem Klaren und allgemein anerkannten Recht, läßt uns die Einigkeit suchen, in der Einigkeit die wahre Ordnung und Sicherheit! — Ich wiederhole dies, indem ich sage: Hoch lebe unser guter Kaiser! Hoch lebe unser gutes Recht! Es lebe die gute Macht der Einigkeit, die beste und einzige — wodurch eine wahre Ordnung und Sicherheit hergestellt und für immer bestigt werden kann! Weg mit allen Feinden des Volks, des Rechts, der Eintracht und Ordnung! Ein Hoch aber jedem, der es treu meint mit dem Wohl des Vaterlands!“

Wien, 15. März. Seit drei Tagen befinden wir uns im Revolutionszustande und die Aufregung dauert noch immer fort. In wenigen Stunden ist mit dem Charakter des Wieners eine merkwürdige Verwandlung vorgegangen; aus dem harmlosen und leichtgläubigen Optimisten ist ein mißtrauischer, unruhsamer Insurgent geworden, der auf Nichts mehr baut, als auf die eigene Kraft und von Versprechungen nichts mehr hören will. Die Leute sind über sich selbst erstaunt, um wie viel mehr ist dies bei den Fremden der Fall. Noch am Sonntag (12. März) konnte die Regierung durch schnelle Gewährung der von den Studirenden in der Aula Vormittags votirten Volksbegehren allgemeine Zufriedenheit herstellen, ja noch am 13ten warteten die Massen geduldig auf den Plätzen und Straßen nächst der Hofburg auf Bescheid. Um 9 Uhr wurde man abermals bis Mittag vertröstet, die Mittagsstunde kam und es erschien noch immer Nichts. Doch auch diese Verspätung würde man sich haben gefallen lassen, wenn nicht einer der Redner unter den Studenten, die den Hof und die Korridore des Ständehauses anfüllten, plötzlich verhaftet worden wäre. Nun brach der Sturm los; die jungen Männer stürmten den Saal, in dem Graf Montecuculi mit den Landständen berathschlagte, zertrümmerten Tische und Stühle, Kästen und Schränke und schleuderten Alles zum Fenster hinaus. Die ständische Sitzung wurde aufgehoben und Alles elste jetzt nach der k. k. Hofburg, die bereits von 4000 Mann besetzt und abgesperrt war. Graf Montecuculi stellte sich an die Spitze der Arm in Arm entschlossenen auf die Grenadiere zuschreitenden Stände-Mitglieder; es war ein feierlicher Moment, als die Vertreter des Volkes, vom Jubel-

Geschrei der Menge ermuntert, so mutig vor den blizzenden Bajonetten der Soldaten standen, und mit lauter Stimme Einlaß zu ihrem Monarchen verlangten. Der General Matauschek ließ öffnen und die Deputation gelangte in die Burg, wo ihnen Se. Kaiserl. Hoheit der Erzherzog Ludwig antwortete: Mit dem Aufruhr wird nicht unterhandelt! — Das zündete, und als gleichzeitig die Garnison unter Führung der Erzherzöge Albrecht und Wilhelm anrückte, entspann sich der Kampf, zuerst in der Herrengasse beim Ständehaus, wo viel Blut floss. Die Prinzen kommandierten selbst „Feuer.“ Um Judenplatz, wo Barricaden errichtet wurden, am Hofe, wo das Kriegsministerium ist, auf dem hohen Markt, wo sich das Polizei-Gefängniß befandet, ward stark gefeuert und eingehauen. Obwohl das Volk ganz ohne Waffen war, hielt es sich dennoch, und nach jedem Peletonfeuer der Soldaten erscholl im Volke der Ruf: stehen bleiben, stehen bleiben! Die Einzelheiten des Straßenkampfes werde ich nachtragen, heute nur so viel, daß beim Eintritt der Nacht eine Proklamation erfolgte, die ohne Wirkung blieb. Um 11 Uhr Nachts entschloß sich die Regierung zum Nachgeben, und zog das Militär ins Bivouac auf das Glacis, während das Zeughaus geöffnet wurde und das Volk Waffen erhielt. Eine Deputation, die die Erzherzöge und Minister versammelt fand, verlangte augenblickliche Entfernung des Fürsten Metternich, die auch sogleich erfolgte. Die Censur ist aufgehoben, allein man verlangt Garantien. Erzherzog Albrecht, Erzherzog Wilhelm, dann Fürst Metternich, Graf Sédlníký sind entflohen, eben so der Bürgermeister von Wien. Graf Montecuculi ist Staatskanzler; Graf Hoyos, Chef der Nationalgarde, und der Kaufmann Arthaber, Bürgermeister der Hauptstadt.

\* \* Wien, 15. März. Folgendes allerhöchste Handschreiben ist noch gestern erschienen: „In Erwägung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse haben Wir beschlossen, die Stände unserer deutschen und slavischen Reiche, so wie die Central-Congregationen Unseres lombardisch-venezianischen Königreiches durch Abgeordnete in der Absicht um Unsern Thron zu versammeln, Uns in legislativen und administrativen Fragen deren Beirathes zu versichern. Zu diesem Ende treffen Wir die nöthigen Anordnungen, daß diese Vereinigung, wo nicht früher, am 3ten Juli l. J. stattfinden könne. — Wien, am 14. März 1848. — Ferdinand m. p.“

\* Wien, 15. März. Die Aufregung und der jammervolle Zustand in der Kaiserstadt und der ganzen Umgebung dauert auf eine furchtbare Weise fort. Mordbrenner und ganze Banden entlassener Fabrik-Arbeiter rauben und plündern nach allen Seiten. Die im Laufe des gestrigen Tages erfolgten Konzessionen des Monarchen werden kaum mehr beachtet und jeder fürchtet für sein Hab und Gut. Die edelsten Geschlechter drängen sich zu d. r. dekretirten Nationalgarde. Erzherzog Albrecht, der sich vorgestern durch sein Benehmen gegen Wehrlose ein schmerzliches Andenken unter den Wienern erworben hat, ist vom Kommando abgetreten und durch den noch strengeren Feldmarschall-Lieutenant Fürsten Windischgrätz ersetzt. Der beliebte Oberst-Jägermeister Graf Hoyos hat das Kommando über die neu zu errichtende Nationalgarde übernommen. Die Stände sind in Permanenz als Vermittler zwischen dem Kaiser und dem Volke. — Fürst Metternich, dessen Villa vom Volk gräulich zerstört wurde, hat, von einem treuen Diener und seiner Gemahlin begleitet, die Stadt gestern in einem Wagen mit zwei Pferden verlassen. Einstweilen wird das Departement des Neueren durch den Grafen Münch-Bellinghausen versehen. Der heutige Beobachter enthält schon einen Artikel (s. oben), der zum erstenmal (nach Freiburg der Presse) von „Staatsgebrechen“ spricht. Das auswärtige Departement wird von nun an auf ören, eine Diktatur über die andern Ministerien auszuüben. Es war dem vertriebenen Fürsten gelungen, alle Minister zu lähmten und selbst einige einflussreiche Mitglieder des Kaiserhauses so zu umstören, daß man es noch vor acht Tagen für unmöglich hielt, denselben vom Ruder zu entfernen. — Die Börse ist geschlossen und ein Moratorium für alle Wechselzahlungen wird eben verkündet.

\* Wien, 15. März. Der Fürst Windischgrätz hat schon heute im Commando dem bei den Wienern sehr beliebten Fürsten Karl Lichtenstein weichen müssen. Der Kaiser durchfuhr die Reihen des bewaffneten Volkes und wurde mit ungeheurem Jubel empfangen. — Erzherzog Stephan traf mit einer Deputation vom Reichstag in Preßburg eben hier ein (s. Preßburg).

\* Wien, 15. März. (Aus einem Handels-schreiben). Der heutige Tag wird ein sicheres Resultat herbeiführen; bisher Unterhandlungen, Versprechungen, ungenügende Zusagen, die ganze Bevölkerung benimmt sich prächtig, man weiß, was man will, fordert nicht zu viel, verlangt aber unanrüstliche Zusage. Das Militär hält noch die Burg und die Glacis besetzt

und benimmt sich auch musterhaft. Erz. Albrecht, der hat schießen lassen, ist nicht mehr Kommandeur, sondern Fürst Carl Lichtenstein an seiner Statt, ein Liebling der Wiener. Heute endlich zeigte sich der Kaiser, der Erzherzog Franz Karl und dessen ältester Sohn, künftiger Kaiser, in einem Wagen, und von bewaffneten Studenten umgeben, in den Straßen unter tausendstimmigen Vivats. Auf allen Stellen Volksredner, von Hunderten umgeben. Von der Pressefreiheit, die bewilligt ist, bereits in einer Flugschrift Gebrauch gemacht, die herrlich stilisiert ist. (s. oben.) — So eben langt auch ein Dampfschiff von Preßburg mit 150 ungarischen Magnaten an, sie haben den Auftrag, dem Kaiser den Wunsch der ungarischen Nation auszudrücken, er wolle seinesamml. Staaten eine freisinnige Constitution verheißen, eine solche, die den Beschlüssen der Zeit angemessen, andernfalls Ungarn die gerechten Wünsche des österreichischen Gesamtvolkes mit ollen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen wissen würde. — Es bedarf keiner Wahrung mehr, wie ich die Sache sehe, es wird Alles gewährt, denn ich hörte die vom Kaiser aus dem Wagen heraus an das Volk gesprochenen Worte: „Ich gewähre Euch Alles.“ — Dem Erzherzog Stephan, der mit demselben Dampfschiffe von Preßburg ankam, wurden auf dem Kohlmarkt die Pferde ausgespannt, und der Wagen in die Burg hineingezogen; sein Erscheinen hängt natürlich mit dem Eintreffen der Deputation von 150 Oppositions-Mitgliedern innig zusammen. — Zu beklagen sind Excesse an den Linien, in Nr. 5 und 6 Haus ging es schauderhaft her; Fabriken sind total demolirt, bei Granitstädter, Steiner, Zappert alle Perrotinen zerstört, Vorräthe zerissen, Gebäude angezündet, mit einem Worte, Raub, Mord und Zerstörung. — Die Druckfabrik von Spitz ist von einer Horde betrunkener Drucker zerstört worden, das Feueranlegen gelang nicht. — So eben wird gemeldet, daß es in Mödling brenne, doch sind bereits seit gestern Mittag Jäger, Bürgergarden und bewaffnete Studenten hinaus, das Raubgesindel wird wie Spaziergäste zusammengeschossen, wo man es auf der That ertappt. Andere, die Widerstand leisten, mit dem Kolben weidlich bedacht, gebunden und hereingezbracht; starke Patrouillen streichen gegen Hüttendorf, Mitzeldorf hinauf, gegen St. Veit, Mödling u. c.; so Gott will, wird man mit den Schurken bald fertig sein. — Heute ist Wien die ganze Nacht wieder beleuchtet gewesen, den Tag über sind die Gewölbe gesperrt, morgen, hoffe ich, tritt Alles in das frühere Geleis zurück. Von Seiten der Justiz ist veröffentlicht, daß vor dem 18. kein Protest aufgenommen werden kann; ob dieser Termin noch weiter hinausgeschoben werden wird, sollen wir morgen erfahren.

† † Wien, 15. März. So eben 7 Uhr 30 Min. meldet eine telegraphische Depesche nach Böhmen und Mähren: „Allgemeine Constitution. Wien im Jubel.“ — Mit Rücksicht auf das Gerücht, daß sich Fürst Metternich nach Ungarn zu seinem Schwiegersohn, Graf Szandor, begeben, soll Letzterer die feierliche Erklärung abgegeben haben, daß er den Fürsten in seinem Hause nicht aufnehmen werde.

\* Prag, 15. März. Die Kommandanten des Bürger-Militärs haben durch Kundmachungen und mit Einwilligung des Bürgermeisters, der sich bis dahin seiner liberalen Bewegung feindlich entgegengestellt hatte, alle braven und unbescholtene Einwohner aufgefordert, sich Waffen zu holen, um in Vereinigung mit dem Bürgermilitair Ruhe und Ordnung zu erhalten.

○ Preßburg, 14. März. Ein großer tumult hatte gestern Abend hier statt. Die Juraten, in welchen es schon seit einigen Tagen wild tobte, konnten sich nicht mehr halten, als das Abenddampfschiff die Nachrichten von den Studentenbewegungen in Wien überbrachte. Sofort sammelten sie sich auf der mitten in der Stadt gelegenen Promenade, eine zahllose Menschenmenge stürzte bald herbei, die Redner wurden auf den Händen in der Höhe gehalten. Es lebe die Freiheit, der König, die Volksrepräsentation, die Pressefreiheit! erscholl es durch alle Reihen. Drohungen wurden gegen Metternich, den ungarischen Hofkanzler Gräfen G. Appony, den Oberst-Adjutanten G. v. Majláth und andere Regierungsmänner ausgesprochen. Schon sollte sich der Zug zum Erzherzog Palatin bewegen, um von ihm die Zustimmung der Magnatentafel zu der ständischen Adresse zu verlangen, als es dem Oppositions-Deputirten Hunkar gelang, die höchst aufgeregte Masse zu bewegen, noch bis heute abzuwarten, wo die Sitzung der Magnatentafel, nie er hoffte, eine Vereinigung mit der anderen Tafel zum Erfolg haben werde. Die große Masse ging bald darauf ruhig auseinander. Militär war nicht auf dem Platz erschienen, aber von fern erklangen die Trommeln. Der Vorfall wurde sofort durch den Telegraphen nach Wien referirt, und es steht zu hoffen, daß noch vor Beginn der Magnatensitzung günstigere Weisungen an den Erzherzog gelangen. Giebt dies nicht, so sieht man dem heutigen Abend mit großer Bangigkeit entgegen.

— Denn außer den Juraten machen auch die Studenten und ein Theil der Bürgerschaft Wiens, dem von der Hauptstadt gegebenen Beispiel zu folgen. — Morgens 11 Uhr. Die angekündigte Magnatensitzung findet heute nicht statt. Die Häupter beider Parteien treten eben zu einer Konferenz zusammen, welche den bisherigen Zweifeln und Schwankungen nach der einen oder andern Seite hin ein Ende machen muß. — Die Bauernbewegung im Templer und Unghauer Komitat ist eine allgemeine und hat die Verweigerung der Roboten zum aussprochenen Charakter. Der mittlere Adel insinuiert den Bauern, daß die Magnatentafel an Allem Schuld sei, wodurch der Bauernhas verhänglich gegen die Magnaten gewendet ist. Mehrere von diesen haben sich in aller Eile Häuser in Pesth gekauft, um dort ihr Domizil aufzuschlagen.

○ Preßburg, 14. März, 1 Uhr Mittags. Kaum war durch den Telegraphen die erfreuliche Nachricht von dem Sturze des verhafteten Ministers Metternich und dem Umschwung in Wien hier angelangt, als die freudigste Erhebung die Gemüther egriffen. Die Ständetafel trat sofort zusammen. L. v. Rossuth teilte die frohen Botschaften mit und stellte den Antrag, die ganze Tafel solle sich sofort zum Erzherzog Palatin begeben, um von ihm die Abhaltung der Magnatensitzung zur Annahme der ständischen Adresse zu verlangen. Der Deputirte von Zala erhob sich hierauf und erklärte Jeden für einen Verräther, welcher dem Antrag Rossuths sich nicht anschläßt. Es war solche Erklärung nicht nötig; die ganze Tafel erhob sich feuerdig, und beim Erzherzog angelangt, sprach Rossuth im Namen der Tafel s. h. herzliche Worte. Der Erzherzog, sichtbar tief bewegt, sprach eben so herzergreifend und wurde mit großem Enthusiasmus angehört. Die betreffende Adresse wird sobald als möglich an den König gelangen. Die allgemeine Freude ist unbeschreiblich. Es beginnt eine neue Ära für Ungarn und Österreich. Daß die Ungarn beim Sturz Metternichs nicht unhätig waren, werde ich Ihnen ein andermal zu erzählen Gelegenheit nehmen. Jetzt nur noch die Bemerkung, daß der Einsturz Metternichs auf den Kaiser so zauberähnlich war, daß im Kabinett noch bis zum letzten Augenblick eine heftige Debatte hergeschah. Sie können dies als zuverlässig betrachten.

† † Von der schlesisch-galizischen Grenze, 13. März. Es schint leider, als ob das durch die Ereignisse des Jahres 1846 hraufbeschworene Revolutionsgespenst in Galizien durch die Maßregeln der Landesbehörden nicht unterdrückt, sondern nur in einen scheintotähnlichen Zustand versenkt worden ist; denn schon zeigen sich einige drohende Anzeichen, welche seinem Wiedererwachen vorauszugehen pflegen. Ein großer Theil des Militärs, das in den letzten zwei Jahren das zu verwendete wurde, um die gestörte Ordnung in Galizien wiederherzustellen, ist bekanntlich in der letzten Zeit in die westlichen Staaten des Kaiserreiches translocirt worden. Einige Kreise Galiziens sind auf diese Weise gänzlich von Militär entblößt worden. Die Regierung hat daher in denselben Banden von Bauern organisiert, wie z. B. im Zloczower und Tarnopoler Kreise, und diesen die Aufrechterhaltung der Ordnung anvertraut. Doch es scheint, als ob man hiermit den Bock zum Gärtner gemacht hätte. Der Bauer sieht wieder, daß die Regierung ihn braucht, er hat aber noch nicht vergessen, daß die Dienste, welche er im Jahre 1846 ihr geleistet, durchaus nicht in der Weise vergolten worden sind, als er es erwartet und verlangt hatte. Nach wie vor muß er noch die Frohnde leisten, die er früher in dem Glauben, es müßte einmal so sein, sich ohne Murren gefallen ließ. Doch das im März 1846 von ihm vergessene Blut hat ihn mit einem Male aus seinem früheren Stumpfstone herausgerissen und in ihm ein gewisses Selbstbewußtsein und Vertrauen auf seine eigene Kraft erwacht. Und jetzt fordert die Regierung wieder seine Hilfe auf; wie nahe liegt da der Gedanke, daß er jetzt mit größerer Beharrlichkeit, mit gewichtigerem Nachdruck seine früheren Fortsetzungen erneuern und deren Realisation verlangen wird. Schon haben Bauern einiger Kreise des östlichen Galiziens diesen Schritt gethan.

### Frankreich.

\*\* Paris, 12. März. Wir werden nicht ein neues Polizei-Corps von 6000 Mann nach dem Muster der Berliner Nachtwächter, mit Säbel, Pfoste oder Horn, erhalten, sondern auch noch eine bewaffnete polnische Legion, für deren Bildung die prov. Regierung folgendes Dekret erlassen: „In Brabant besteht, daß die polnischen Flüchtlinge, von dem Wunsche zu verweisen, darum ersucht haben, sie in eine Legion zu vereinigen, die im Verein mit den Franzosen der Sache der Ordnung und Freiheit diene. In Erwägung, daß ein solcher, im Namen eines Volks, das schon so viele Waffengefährten es Ruhms Frankreichs gäbt, gestalteter Antrag, von einer Regierung mit Zuversicht und Angenommen werden muß, die aus den nationalen Sympathien hervorgeht und sich stets auf die für Polen so warmen Mitgließende Frankreichs stützen wird; beschließt I) Es ist sofort eine polnische Legion zu bilden, die

Unter die Befehle des Kriegsministers tritt. 2) Der selbe ist mit Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Paris, 10. März. — Die Glieder der prov. Regierung. (Folgen die Unterschriften.) — Der Andrang zu der Pariser Sparkasse ist heute enorm gewesen. Als wir zur Post gingen, (die Sparkasse liegt hinter der Post in der rue coq-héron) sahen wir ein Gedränge, als wenn Meyerbeers „Prophet“ dort gegeben werden sollte. — Die Prinzen haben von der algierischen Bevölkerung in ihren Tagesbefehlen Abschied genommen. „Aus dem Hintergrunde des Exils wollen sie beide ihre Gefühle für Frankreichs Glück bewahren. — Dr. Moniteur begnügt sich mit der Anzeige: „Die provisorische Regierung hat am 11. März zwei Briefe von den H. Henri und François v. Orleans (Aumale und Joaillie) empfangen, worin sie versichern, den französischen Boden verlassen und den Oberbefehl der Kolonie denjenigen Ober-Offizieren übergeben zu haben, welche von der prov. Regierung dazu ernannt worden.“ — Die Union (früher Monarchique) will wissen, die ganze Orléanistische Familie beabsichtige, nach Brasilien überzusiedeln. (?) Auch si General Dumas von London hier eingetroffen, um die Milde der prov. Regierung für die geldlose (?) Familie des Exkönigs anzusprechen. — Gestern wurde der erste offizielle Artikel des österreichischen Beobachters gegen die Republik (in der Übersetzung) auf öffentlicher Straße (rue de Boulois) verbrannt. Cabet hatte ihn im Montesquieu-Saal vorgelesen. — Der Courrier zeigt sich gegen die neuen Finanz-Mafregeln sehr entrüstet. Wie? rufst er aus, die Staatskasse zahlt 80 Millionen Renten baar aus und verweigert allen denjenigen die baare Rückzahlung ihres Geldes, die mehr als 100 Fr. in ihren Sparkassen niedergelegt haben! Das Blatt spricht sich in sehr bitterer Weise gegen eine so ungliche Elte aus und wirft der Regierung vor, daß sie das große Kapital auf Kosten des kleinen begünstige. — Heute, Sonntag (12.), hält die Staatskommission im Luxembourg keine Sitzung. Von verschiedener Seite sind ihr bereits interessante Vorschläge zugegangen. So schlägt ihr Hugot, Graveur der Bank von Frankreich, vor, nicht bloß das Fabrik-, Manufaktur- und Gewerk-Proletariat, sondern auch das Ackerbau-Proletariat zu begünstigen, weil er im Überschuss und in der Wohlseinheit der Lebensmittel das nächste Heil des Proletariers sieht (Le bonheur de la vie matérielle étant tout entier dans l'abondance et le bon marché des denrées alimentaires). Als Anfang solle man alle brach liegende Gründe sofort anbauen lassen. — Auch Lejoy, ehemaliger Präsident der Gesellschaft der Menschenrechte und Mitredakteur der Monde, so wie Louis Deplanque, provisorischer Kommissarius des Klubs der rue Popincourt und Professor der Rechenwissenschaft an der Handels- und Gewerbeschule, unterstützen diesen Antrag, indem letzterer sagt: „... 25 Millionen Ackerbauer sind zu wenig für Frankreich, 7 Millionen Arbeiter für die Stadt-Industrie zu viel. Der Ackerbau-Proletarier ist roh und ungebildet, der Stadt-Industrie-Proletarier dagegen aufgeklärt. Es muß also eine gewisse Wechselwirkung eintreten.“ — Unter den Deputationen, die vorgestern ihre Huldigung der provisorischen Regierung darbrachten, verdienen noch die beiden Deputationen der reformierten Kirche und der Augsburger Konfessions-Gemeine hervor, mit ihren beiden Chefs, Juillerat und Guérard, an der Spize, kurzer Erwähnung. Armand Morast, der sie im Namen der provisorischen Regierung empfing, bat die Herren, für Consolidirung der Republik zu beten, das ihm beide Deputationen versprochen. — Ein Rundschreiben des Ministers des Innern stellt fest, daß die Militärbehörden den Kommissarien der provisor. Regierung den unbedingtesten Gehorsam schulden. (Ihre Vollmachten haben keine Schranken.) — Charles Laffitte, Blount und Comp. haben ihre Zahlungen eingestellt. Der National, der in finanziellen Dingen eine sehr kleine Nase hat, prophezeit den Sturz noch mehrerer anderer Bankhäuser, deren Namen er jedoch verschweigt, obgleich sie Ledermann an den Fingern trägt. Bechet, Baudouin, kurz alle jene Firmen, die früher den Bahnpiviliegen nachjagten, stehen auf der Kippe. — Nicht der Kleinhandel, sonst „la Constitution“ hinzug, sondern der Großhandel, die Börsenwölfe, fühlen das Messer an die Kehle. — Es ist die Rede davon, eine neue Stadtgarde, etwa 6000 Mann stark, zu bilden. Sie soll sehr einfach gekleidet und nur mit einem Säbel, einem Horn oder Pfeife bewaffnet werden. Jede Straße oder eine gewisse Anzahl Häuser sollen ihren Gardisten haben, der für Reinlichkeit der Straßen und gehörigen Frieden sorge. Wir erleben es noch, daß Paris sich einen Berliner Nachtwächter als Musterkaste kommen läßt. — Die Pariser National- oder richtiger gesagt Bürger-Garde ist wie gerädert. Seit 14 Tagen müssen unsre Männer — rufen die Ehefrauen — auf der Pritsche liegen, und wenn das nicht bald aufhört, so machen wir Revolution! Die provisor. Regierung wird sich nun gezwungen sehen, doch wohl Linienmilitär aus der Provinz kommen zu lassen, da die Garde-Mobile bei Weitem nicht hinreicht. Die Klubs schicken sich abr bereits an, gegen jede Linien-

Verstärkung zu protestieren, da sie in ihr eine Stütze der Bourgeoisie erblicken, die ihnen eines Tages gefährlich werden könnte. Cabet, der seine ikarischen Kommunisten im Montesquieu-Saal sehr fleißig versammelt, hat sie bereits angefeuert, gegen die Linienbesatzung zu protestieren. — Die Nachricht, daß 30,000 Mann im Anmarsch auf Paris seien, verursachte im Quartier latin große Aufregung. Der demokratische Studentenklubb (club de la Sorbonne) schickte sofort eine Deputation in's Stadthaus, um seine gerechten Bedenken gegen eine Vermischung „der unzufriedenen Bürger mit einer unzufriedenen Garnison“ vorzutragen. Ich weiß nicht, antwortete Marrast, wo Sie gesehen haben, daß die provisor. Regierung den Plan habe, 30,000 Mann in die Stadt Paris zu legen... Dieses Gerücht entbehrt jedes Grundes... Wir haben nur den Kriegsminister ersucht, uns einige Truppen an die Barrières wegen der Mauthsteuer zu besorgen, da uns die Nationalgarden, die sie bisher bewachen, erklärt haben, daß sie einen so anstrengenden Dienst nicht länger auszuhalten im Stande seien. Treffen diese Truppen ein, so werden sie den Bürgergarten untermischt, damit sie das demokratische Element durchdringe. Ihre Beschäftigung ist lediglich die Thorwache. Nehmen Sie also zurück und sagen Sie dies Ihren Freunden. ic. ic.

Odilon-Barrot hat ein Schreiben an Garnier-Pages gerichtet, worin er folgende zwei Punkte als unabwickeliche Bedingungen zur Rettung der Ordnung aufstellt: „Die erste Bedingung ist“, sagt er, „zu verhindern, daß Ihre politische Revolution, sie möge politisch so tief greifend sein, als Sie nur wollen, eine soziale werde und die Hand an das Eigenthum und die Familienbande legt. Die zweite Bedingung ist, daß der Aufruf an die allgemeinen Wahlen, als Ausdruck der National-Souveränität, ein aufrichtiger sei. Ich mag Trug und Lüg eben so weig auf der Straße, als von einem König herkommen; und Wahlen, die unter dem Einfluß der Gewalt stattfinden, scheinen mir durchaus nicht denen vorzuziehen zu sein, die durch Korruptionsmittel geleitet werden. Was ich daher fordere, ist Sicherheit für Eigenthum und Familie und volle Freiheit in den Primärwahlen. Sind Sie fest entschlossen, diese Bedingungen achten zu lassen, sogar durch die der Regierung zur Verfügung stehende Macht, so kann ich Ihnen nicht nur meine eigene moralische Mitwirkung zusichern, sondern auch die Sympathien meiner Freunde. Niemand unter diesen, das kann ich Ihnen erklären, möchte die Misgriffe der Emigranten und Girondisten nachahmen. Mein letztes Wort an die Kammer und an das Volk war: Fluch dem, welcher einen Bürgerkrieg in Frankreich entzündet! Dieser Erklärung bleibe ich treu.“

\* (Sonntagsblätter.) Der Eingang (passage de l'opéra) war stark besucht. Doch zweifeln wir, daß die alte Sitte öffentlicher Ausrufung von Sonntag-Coursen im Café der Passage wieder gestattet werden dürfte.

### Spanien.

\* Madrid, 6. März. Die Truppen sind sämtlich konsigniert. Narvaez durchtritt die Stadt und hält Anreden an die Wachposten. Man fürchtet immer noch den Ausbruch von Emeuten. Im Kongress ging der ministerielle Gesetz-Entwurf (Suspension des 7. Verfassungs-Artikels und 200 Mill. Realen Anleihen) durch und heute darüber ihn bereits der Senat, der ihn ohne Zweifel annimmt.

### Großbritannien.

London, 11. März. Ludwig Philipp lebt mit seiner Familie ganz zurückgezogen in Claremont. Er beschwichtigt sich in Twickenham (an der Themse in lieblicher Gegend, nicht weit von London) niederzulassen und dasselbe Haus zu kaufen, wo er früher gelebt, als er noch nicht geträumt hatte, König zu sein.

### Schweden.

Zürich, 10. März. Der deutsche Handwerkerverein „zur Eintracht“ ist mit Auflösung bedroht, und die meisten seiner Mitglieder sellen über die Grenze verwiesen werden, weil sie in der letzten Versammlung des Vereins eine deutsche Republik proklamiert haben sollen. Unsere Regenten sind in Bezug auf Fremdenpolizei sehr streng. Letztthin haben sie sogar einem deutschatholischen Geistlichen ohne erheblichen Grund die Aufenthaltsbewilligung verweigert. (D. P. A. Z.)

## Lokales und Provinzielles.

### Bekanntmachung.

Die Ereignisse des Tages machen es unerlässlich, daß jeder wehrhafte Bürger hiesiger Stadt seine Verpflichtung: zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nach Kräften mitzuwirken, gemäß § 28 der Städte-Ordnung, erfülle und demgemäß den Dienst in der durch Allerh. Kabinets-Ordre v. 7. Decbr. 1808 errichteten Bürgergarde persönlich leiste. Eine vollständige Reorganisation dieser Bürgergarde ist bereits vorbereitet. Inzwischen

ersuchen wir, auf den Antrag der Statverordneten-Versammlung, die Herren Bezirksvorsteher und die Bürger, welche das 60ste Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, sich in ihren Bezirken in den unten angegebenen Vocalen

heute Freitag den 17. März c.  
2 Uhr

zur Wahl der Bezirksführer und der Sammelplätze, so wie zur Entgegennahme der Mittheilungen über die vorläufigen Einrichtungen des Dienstes ohne Ausnahme einzufinden zu wollen.

- 1) Sieben Churfürsten-, Drei Berge- und Neue Welt-Bezirk im Börsen-Lokal. Wahl-Kommissarius Stadtrath Frank.
- 2) Mühlen- und Bürgerwerder-, Schlachthof-, Barbara- und Burgfeld-Bezirk im Stadtverordneten-Sitzungs-Saal, Kommissarius Stadtrath Lessenthin.
- 3) Antonien-, Sieben-Rade-Mühlen-, Goldne Rade-, Börsen- und Schloß-Bezirk im Zwinger-Saal, Kommissarius Syndikus Anders.
- 4) Zwinger-, Dorotheen-, Hummerei-, Christophori-Post- und Accise-Bezirk im Café restaurant Carlsstraße, Commissarius Stadtrath Froböß.
- 5) Blaue Hirsch-, Grüne Baum-, Johannis-, Theater- und Bischof-Bezirk im Blauen Hirsch, Commissarius Stadtrath Bülow.
- 6) Bernhardin-, Catharinens-, Claren- und Franziskaner-Bezirk im Kallenbachschen Turnsaal, Commissarius Stadtrath Frieböß.
- 7) Matthias-, Vincenz-, Albrechts-, Regierungs- und Vier Löwen-Bezirk im Magdalenen-Saal, Kommissarius Stadtrath Theinert.
- 8) Jesuiten-, Ursuliner-, Oder-, Rathhaus-, Magdalenen- und Elisabet-Bezirk im Fürsten-Saal, Kommissarius Stadtrath v. Hülsen.
- 9) Mauritius- und Barmherzige Brüder-Bezirk im Menzel'schen Saale, Kommissarius Stadtrath Pulvermacher.
- 10) Neuscheitnig-, Hinterdom-, Dom-, Giltaufend-Zungfrauen- und Sand-Bezirk in dem Saale zum Fürsten Blücher, Kommissarius Stadtrath Jüttner.
- 11) Drei Linden-, 1. u. 2. Abtheilung und Rosen-Bezirk, 1. u. 2. Abtheilung, in dem Saale zur goldenen Sonne, Kommissarius Stadtrath Landschutter.
- 12) Nikolai-Bezirk, 1. u. 2. Abtheilung, im Saale zum deutschen Kaiser, Kommissarius Stadtrath Becker.
- 13) Schweidnitzer Anger-Bezirk im Liebisch'schen Saale, Kommissarius Stadtrath Heymann.

Breslau, den 16. März 1848.

Der Magistrat  
hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

### \* Breslauer Communal-Angelegenheiten.

Breslau, 16. März. (Deputation an Seine Majestät den König.) Der Vorsteher Gräff, von Berlin gestern zurückgekehrt, berichtete in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten über die Audienz, welche die Deputation bei Sr. Maj. stät erhalten hat. In Bezug auf die Pressefreiheit ist das Nähere schon durch die Kabinettsordre und durch Zeitungsmitsellung bekannt, doch hat der Minister der Justiz auf die Außerung der Deputation, daß ein Verzögern dieser Angelegenheit keinen guten Eindruck machen dürfe, erklärt, daß binnen acht Tagen, wenn eine Erklärung des Bundes eingegangen, ein provisorisches Prägegesetz gegeben werden wird. Die Bewaffnung der Bürgergarde wurde von Könige sogleich zugestanden; über Einbringung des Landtages haben ebenfalls die Zeitungen berichtet. Der Minister hat noch Montag Abends den Deputirten das Potent wegen Einberufung des Landtages zur Ansicht vorgelegt mit der Bemerkung, daß, wenn der schon früher beschlossen gewesene Fürsten-Kongress nach Lage der Sache nicht zu Stande kommen oder kein Resultat haben sollte, der Landtag sofort zu ammenberufen werden würde.

Die Versammlung beschloß am morgenden Tage durch alle Bezirke die Bürger zur Bewaffnung einzuberufen; es wird also am 17. März die Bürgergarde in Wirksamkeit treten können. — Die Behörden sollen zugleich aufgefordert werden, die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit nicht mehr dem Militär, sondern den Bürgern anzuvertrauen. Die weitere Ausführung hat die Schießwerder-Deputation.

Breslau, den 16. März. Unmittelbar nach dem heutigen Beschuß der hiesigen Stadtverordneten, daß eine bewaffnete Bürgergarde organisiert werden sollte, und während der sofort darüber anberaumten Sitzung des Magistrats, in welcher der Beschuß der Stadtverordneten genehmigt und zur Ausführung gebracht

worden ist, sind als freiwilliges Geschenk zur Erreichung des vorgesehenen Zweckes 300 Rthlr. — Drei Hundert Rthlr. — von einem hiesigen hochgeachteten Bürger eingegangen. Hoffentlich wird dies Beispiel wahrschauer Bürgergesinnung nicht ohne Nachahmung bleiben.

**Breslau, 7. März.** Die ersten Ereignisse der Gegenwart üben auf das gesamte Feuer-Versicherungs-Wesen einen zu wesentlichen Einfluß, als daß wir den Zeitpunkt vorübergehen lassen könnten, ohne vorzugsweise unser schlesisches Publikum darauf aufmerksam zu machen, wie es jetzt um die Garantien steht, die dasselbe für die Versicherung seines Immobilien- und Mobiliar-Werthebes besitzt. — Die Provinzialverbände der Städte und des platten Landes zur Versicherung der Gebäude haben seit ihrem Entstehen progressiv jährlich höhere und in dem verflossenen Jahre allerdings ganz außergewöhnliche Beiträge erheben müssen, um die erlittenen großen Schäden zu decken, und es hat in Folge dessen ein massenhaftes Ausscheiden der Grundbesitzer aus den Verbänden stattgefunden, um sich bei Privat-Assuranz-Gesellschaften zu versichern. — Es ist hier nicht unsere Aufgabe, uns über die Ursachen auszulassen, welche zu den vermehrten Bränden und den dadurch erforderlichen höheren Beiträgen Veranlassung gegeben haben, allein wir können es unter keinen Umständen gerechtfertigt halten, daß einem Institut von vielen Seiten der Stab gebrochen werde, welches sicherlich seine Mängel hat, dessen Wirken und Nutzen aber keineswegs nach den Erfolgen der ersten verflossenen fünf Jahre seines Bestehens zu bemessen ist und welches in Zeiten der politischen Aufrugung oder gar des Krieges die einzige gewogene und unbedingte Garantie für das Immobilien-Versicherungs-Wesen giebt, da die Privat-Feuer-Versicherungs-Gesellschaften — ihrer Existenz halber — Kriegs- und Aufuhrgefahren von der Versicherung ausschließen müssen. — Die fehligen inländischen und konzessionirten Privat-Feuer-Versicherungs-Gesellschaften, deren Hauptgeschäft in der Uebernahme von Mobiliar-Versicherungen besteht, sind kaum mehr und nur unter Mithilfe von wenigstens einem Rückversicherungsvertrage im Stande, diesem einen Geschäftszweige zu genügen; die gleichzeitige Versicherung aber von Gebäuden auf den meisten Punkten, namentlich bei Landgütern, steigert die prinzipiell möglichen Maxima der Gesellschaften so bedeutend, daß in friedlichen und ruhigen Zeiten manche derselben zwei auch drei Rückversicherungs-Verträge schließen müssen, um diese vergrößerte Gefahr zu bestehen. — Es ist Thatsache, daß unter inländischen und für den preußischen Staat konzessionirten Feuer-Versicherungen Rückversicherungs-Verträge zwar möglich sind, aber selten zu Stande kommen und gar nicht Bestand haben, daß Geschäftssucht, Brodneid und Agenten-Egoismus dieselben vielmehr veranlassen, diese Hülfe im Auslande zu suchen. Die rheinischen Gesellschaften benutzten hierzu vorzugsweise französische Compagnien; eine einzige Gesellschaft hat z. B. bei der Compagnie royale in Paris mindestens 20 Millionen Thaler rückversichert, woran die Versicherungen in der Provinz Schlesien etwa mit der Hälfte teilnehmen dürften. — Wenn wir uns nun auch nicht bei dem Bedenken aufhalten wollen, daß die Fonds der Feuer-Versicherungs-Gesellschaften überhaupt — die Bank von Gotha mit ihren Nachschußscheinen nicht ausgeschlossen — in Zeiten der Kriegsgefahr mehr oder weniger dezimiert sind, je nachdem sie solche angelegt haben, und erforderlichen Falles schleunigst flüssig machen könnten, wenn wir auch nicht zweifeln mögen, daß die jetzt republikanischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaften ihre Verträge halten und ihren Verpflichtungen, wie früher, prompt nachkommen werden; so bleibt es doch eine gewichtige Thatsache, daß ernste Ereignisse, wie die stattgehabten, und deren mögliche Folgen wesentlich vergrößerte Feuersgefahren mit sich führen; daß namentlich die rheinischen Gesellschaften denselben am nächsten liegen, daß aber jede besonnene und vorsorgliche Direktion einer Privat-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft verpflichtet ist, Angesichts solcher Ereignisse mit doppelter Vorsicht zu Werke zu gehen und die Gefahren in Bezug auf Qualität wie Quantität der Risiko's möglichst zu verringern.

Es ist in der That unmöglich, daß durch die, den älteren Gesellschaften hinzutretende Concurrenz unserer schlesischen Privat-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft das Fortbestehen der Provinzial-Verbände in Frage gestellt werden könne, zumal ohnehin jene unter allen Umständen für ihre Prämiensätze auf Immobilien sich die Beiträge der letzteren zur Norm dienen lassen müssen; wohl aber ist es leicht möglich, daß in kurzer Zeit die jetzt bestehenden Gesellschaften und ihre Garantien für die bedeutenden Risiko's des beweglichen Eigenthums nicht überall, namentlich aber in Schlesien mehr genügen werden. — Wir haben eine schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft stets für ein unabsehliches Bedürfnis der Provinz gehalten und müssen deshalb auch aufrichtiger bedauern, daß der gesetzlich durchaus zulässige Geschäftsbeginn der Anstalt sistirt wurde. — Zwar gereichte es zur Beruhigung und Freude, von

der Direktion der schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft unsere stets unzweckhafte Meinung bestätigt zu hören, daß die hohe Königl. Regierung die allerhöchste Gewährung des Status durchaus bevorworten werde; allein diese Gefühle müssen sich trüben durch die fernere Mittheilung, daß das dessfalls bereitstehende im Januar v. der Direktion eingereichte Gesuch noch nicht an das königliche Ministerium des Inneren abgegeben sein könne, weil auf eine deshalb unter dem 12. Februar e. an die Königl. Regierung gerichtete Anfrage bis heut noch keine Antwort erfolgt ist. — Geben wir uns der Hoffnung hin, daß nunmehr und gerade in Verstärkung der kritischen Zeit in dieser für unsere Provinz so wichtigen Sache keine Zeit länger verloren und das hohes Ministerium die allerhöchste Bestätigung des Status um so schneller erwirken werde, als jede Verzögerung größere Nachtheile herbeiführen kann.

## Theater.

(Fortsetzung über Wullenweber.)

Das Hauptinteresse in unserem Stücke knüpft sich an Jürgen Wullenweber und Marcus Meyer, den Bürgermeister und Feldhauptmann von Lübeck. Die Thaten dieser Männer und natürlich des ersten haben nicht nur ein allgemein historisches, sondern einen speziell vaterländischen Interesse. Denn Jürgen Wullenweber bezeichnet das letzte Auftreten der deutschen Hansa, er, der es kühn und mutig unternahm, die deutsche Flagge auf den nordischen Meeren zur herrschenden zu machen und über die Kronen Schwedens, Dänemarks und Norwegens im deutschen Interesse zu verfügen. Die poetische Ausbeute dieser Ereignisse geht jedoch über das bloß Geschichtliche und Patriotische hinaus; denn die Poesie ist kosmopolitisch und strebt das Allgemeinmenschliche zur Geltung zu bringen. Zwei Bürger, ein Kaufmann und ein Hufschmied, machen drei Kronen erzittern und schreiben ihnen Gesetze vor! Das ist der Kern unsers Dramas, das der Standpunkt, von wem aus es erfaßt sein will. Es liegt etwas wahrhaft Begeisterndes in dieser Kraft großer Persönlichkeiten, wie sie hier in das Getriebe der Geschichte leitend und lenkend eingreift; es liegt darin die schöne Bürgerschaft für die nie zu unterdrückende Geistesmacht im Menschen, gegenüber der traurigen Herrschaft willkürlicher Gewalten. Sie gehen unter diese Männer der That; dann vereinzelt, wie sie stehen im großen Haufen, scheitert ihr Streben an den kleinen Leidenschaften kleiner Menschen und die Götter blicken neidisch auf den Einzelnen herab, der sich zu ihnen erheben will. Aber daß diese Männer gelebt, daß sie ihr Dasein eingesetzt für die Größe ihrer Idee, bleibt ein ewiges Zeugnis im Buche der Geschichte, und der Dichter, der solche Existenz aus dem Schachte der Vergangenheit zu einem neuen Leben heraufbeschwört, wird damit die wahre Lehrer der Menschen.

Jürgen Wullenweber (Herr Henning) wie ihn uns der Dichter vorführt, erinnert an den eisenfesten Patriotismus der Römer. Er ist einfach und wahr gezeichnet. Seine Bedeutung liegt in der unerschütterlichen Consequenz, mit welcher er das Recht der deutschen Hansa gegenüber Dänemark behauptet, in dem unbeugsamen Vertrauen zu seiner Kraft, das er bis zum letzten Moment seines Lebens nicht verliert. In ihm ist die Idee des freien Bürgerthums aufs lebendigste vertreten. Seine echte manhaftes Erscheinung thut wohl und hält das Interesse fest. — Seine Gegner fallen als Persönlichkeiten zum Theil nur schwach in die Wage. Tycho Krabbe, der Reichs-Marschall von Dänemark (Herr Kühn) und Graf Niddertolpe, der schwedische Gesandte (Herr Nieger), sind im Stücke wenigstens ohne große Bedeutung und nur skizzierenhaft hingestellt. Sie sind dafür allerdings von dem Nimbus der Krone umgeben. Nur Anna Rosenkranz, die dänische Oberhofmeisterin (Frau Heinze), erscheint als gewichtige Gegnerin Wullenwebers, denn sie sitzt dem freien und offenen Manne die Gewalt der Intrigue entgegen; eine gefährliche Waffe in der Hand eines geistvollen Weibes.

Wenn Wullenweber der Kopf der deutschen Hansa genannt werden kann, so ist Marx Meyer (Herr Pätzsch) die Hand derselben. Dieser Charakter ist sehr kompliziert, und dürfte in unserem Stücke die größte Schwierigkeit für die Darstellung bieten. Ursprünglich ein Hufschmied, hat er sich vermöge seiner kräftigen Natur, unterstützt von einer ritterlich-abenteuerlichen Sinnung zum Feldhauptmann von Lübeck und Befehlshaber der hanseatischen Truppen emporgeschwungen. Er denkt wenig, aber er ist mit der That bei der Hand. Er ist der Abgott der Weiber, weiß sich aber ihren Schlingen zu entziehen. Der Dichter hat ihm einen gewissen melancholischen Zug gegeben, auf der Höhe seines Glückes eine gewisse Sehnsucht nach der Einfachheit seines früheren Lebens, was unser Gemüth zu dem lebenskräftigen Helden ganz besonders hinzieht. Er fällt auf dem Bett der Ehre.

Als Folie zu diesem Helden dient Swante Sture, Prinz von Schweden (Herr Guinand). Ihm, dem geboarten Thronerben, will Lübeck die Krone gewaltsam aufdringen.

Er aber weist dieses Vorhaben entsetzt zurück; er schlägt die Laute und schwächt nach der Liebe seines Mädchens, das ihn verachtet. Dem Hufschmied kann keine Weiberlust genügen, sein Ehrgeiz treibt ihn auf große Bahnen, wo er den Untergang findet; der „Prinz“ will in „Siegberts“ Armen Thron und Reich vergessen, und es wird ihm nicht zu Theil. Das ist die Ironie der Geschichte! —

Meta, die Schwester Wullenweber's und Meyer's Verlobte (Frau Heese), vereinigt in sich die Eigenschaften Beider. Sie ist besonnen wie der Bruder und unerschrocken wie der Bräutigam. Sie ist nur mit einigen Unruhen gezeichnet, aber fest und kräftig.

Oldendorp, Doktor der Recht und Syndikus von Lübeck (Herr Pauli), ein nur skizzierter Charakter, ist in Fleisch und Blut übergangene Idee des Rechts. Seine Worte gegen den an Wullenweber verübten Justizmord, sind von einer ewigen Wahrheit.

Christoph, Graf von Oldenburg (Herr Heese), ragt als fürstliche Eiche hervor inmitten der kleinen prinzlichen Pflanzung. Wullenweber hat ihn zum Anführer der lübischen Armee gewählt und er zeigt sich würdig solcher Wahl. Als schon Alles verloren ist, schleicht er als gemeiner Reitersknecht in das Gefängnis Wullenweber's, um ihm die letzte Botschaft Meyer's zu bringen. Sein Zorn über den Verath Lübecks an Wullenweber giebt sich in Worten kund, die uns in dem Grafen den Menschen zeigen.

Schepeler, Rathshabler in Lübeck (Herr Wohlbrück) und die lübischen Rathsherren zeigen das verderbliche kleinliche Treiben schwacher Geister in Republiken.

Man ersieht aus dem Gesagten hoffentlich, welche Fülle von Kräften in unserem „dramatischen Gemälde“ sich vorfindet, und kann das Bedauern nicht unterdrücken, daß die ordnende Hand des Dichters sich nicht stark genug erwiesen hat, den Stoff zu zwingen und ihn aus seinem chaotischen Zustande zu einer reineren Form zu gestalten.

Ich habe es für Pflicht gehalten, das Werk eines so bedeutenden dramatischen Dichters mit einiger Ausführlichkeit zu besprechen, und muß deshalb wenigstens für jetzt auf eine spezielle Besprechung der Darstellung verzichten. Im Allgemeinen daher nur das, daß sämtliche Darsteller mit Lust und Liebe gespielt und Alles geleistet, was in ihren Kräften steht. Ultra posse nemo obligatur. — Erneuern muß ich hier nur die schon oft gemachte Bemerkung, daß die Schauspieler so viel wie möglich dem Publikum zugewandt sprechen müssen. Es bleibt sonst so Vieles unverständlich. Man ersieht aus dem Gesagten hoffentlich, daß die Geister für die nie zu unterdrückende Geistesmacht im Menschen, gegenüber der traurigen Herrschaft willkürlicher Gewalten. Sie gehen unter diese Männer der That; dann vereinzelt, wie sie stehen im großen Haufen, scheitert ihr Streben an den kleinen Leidenschaften kleiner Menschen und die Götter blicken neidisch auf den Einzelnen herab, der sich zu ihnen erheben will. Aber daß diese Männer gelebt, daß sie ihr Dasein eingesetzt für die Größe ihrer Idee, bleibt ein ewiges Zeugnis im Buche der Geschichte, und der Dichter, der solche Existenz aus dem Schachte der Vergangenheit zu einem neuen Leben heraufbeschwört, wird damit die wahre Lehrer der Menschen.

1.

## Mannigfaltiges.

(Stuttgart.) Die Volksmänner Römer Duvernay, Pfizer und Goppelt haben dadurch einen Beweis ihrer Uneigennützigkeit gegeben, daß nur die Ernennung zu Staatsräthen mit 4000 Th. Gehalt und nicht zu Ministern mit 10,000 Th. annahmen. Duvernay wohnt im 3ten Stock in einem Mansardenlogis und Pfizer im 4ten Stock in einem kleinen Dachstübchen nach ächt republikanischer Einfachheit.

(G. J.)

Briefkasten.  
Zurückgelegt wurden: 1) † Münster, 12. März  
2) „Aufforderung“, ein Gedicht; 3) † Münster, 13. März

## Ständische Angelegenheiten.

(Nach der Allg. Preuß. Atz.)

(Beschluß der Sitzung vom 1. März.)

§ 418. „Auf die Polizeivergehen und deren Bestrafung sind die im ersten Theile von den Verbündeten und deren Bestrafung gegebenen allgemeinen Verordnungen.“ — § 419. „Die im Auslande von Inländern oder ausländern begangenen Polizeivergehen sollen im Inlande nur dann bestraft werden, wenn dieselben durch besondere Gesetze oder Staats-Verträge angeordnet ist.“ — § 420. „Die für Polizeivergehen zulässigen Strafen sind folgende: 1) Geldbuße bis zu fünfzig Thalern, 2) Gefängnis bis zu sechs Wochen, insofern nicht in besonderen Gesetzen eine höhere Geldbuße oder Gefängnisstrafe zugelassen ist, 3) Confiscation einzelner Gegenstände.“ — § 421. „Wenn eine Handlung polizeilich verboten, die Strafe aber in dem Verbot nicht näher bestimmt ist, so darf höchstens auf fünf Thaler Geldbuße oder eine Woche Gefängnis erkannt werden.“ — § 422. „Die Strafe, mit welcher ein Polizeivergehen droht ist, soll angewendet werden, es mag dasselbe vorzeitig oder aus Fahrlässigkeit verübt worden sein; sowohl gegen den, welchen die Handlung selbst begangen hat als gegen den Anstifter oder Gehilfen.“ — § 423. „Der Versuch eines Polizeivergehens ist nicht strafbar.“ — § 424. „Zur Verjährung der Polizeivergehen ist der Ablauf eines Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

# Zweite Beilage zu № 65 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 17. März 1848.

Zeitraums von drei Monaten erforderlich." — § 423. "Das im § 420 bestimmte Maß der Polizeistrafen darf wegen Rücksfalls nur bei solchen Vergehen überschritten werden, für welche dieses in besonderen Verordnungen ausdrücklich bestimmt ist. Die Schärfung einer Polizeistrafe wegen Rücksfalls soll nicht eintreten, wenn seit dem Zeitpunkte, in welchem die Strafe des zuletzt begangenen früheren Vergehens abgebußt oder erlassen worden war, bereits ein Jahr verflossen ist."

— § 417 wird mit der Modification angenommen, daß in Zukunft Polizei-Berbote nicht anders als unter Androhung eines Strafflasses erlassen werden können. § 418 wird mit der Modification angenommen, daß die Schärfung der Gefängnisstrafe (§ 13) nicht stattfinden dürfe. § 419 wird angenommen. Bei § 420 wird die Geldstrafe auf zehn Thaler, die Gefängnisstrafe im Maximum auf 14 Tage herabgesetzt. § 421 wird angenommen, zu § 422 wird beantragt, daß Gehülfen und Begünstiger straflos bleiben sollen. §§ 423—425 werden angenommen.

(Sitzung vom 2. März.)

§ 412. "Wenn Geistliche den in Ausübung der landesherrlichen Rechte circa sacra erlassenen Verfügungen beharrlich entgegenhandeln, so daß sie im Verwaltungsweg wider sie festgelegten Ordnungsstrafen erfolglos bleiben, so haben die Gerichte auf Entfernung aus dem Amte zu erkennen. Die Untersuchung wegen solcher bürgerlichen Amtsvergehen der Geistlichen kann nur mit Genehmigung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten eingeleitet werden." — § 413. "Wegen gemeiner Verbrechen, welche bei Beamten die Kassation oder Amtsenthebung nach sich ziehen, ist, wenn sie von Geistlichen begangen werden, außer der sonst begründeten Strafe auf Entfernung aus dem Amte zu erkennen. Es soll hierbei keinen Unterschied machen, ob das Verbrechen ein vollendetes oder ein vorüchtes, ingleichen ob der Verbrecher als Urheber oder als Gehülfen zu betrachten ist." — § 414. "Wenn ein Geistlicher in einer amtlichen Rede oder in einem amtlichen Glaß eine Religionsgesellschaft beleidigt (§ 148) oder eine Chrysterlegung begeht (§§ 189 ff.), so kann der Richter außer der durch die Handlung an sich begründeten Strafe zugleich auf Entfernung aus dem Amte erkennen." — § 415. "Ein Geistlicher, gegen welchen auf Entfernung aus dem Amte rechtskräftig erkannt wird, geht des Rechts zur ferneren Ausübung seines Amtes, so wie aller mit dem Amte verbundenen bürgerlichen Rechte, verlustig und darf selbst als Hülfsgesetzlicher zu amtlichen Verrichtungen nicht zugelassen werden. Mit der Entfernung aus dem Amte ist zugleich auf Orts- oder Bezirkserweisung zu erkennen, wenn die Landespolizei-Behörde darauf anträgt und nach richterlichem Ermeessen der fernere Aufenthalt des Geistlichen in seinem bisherigen Amtssitz die öffentliche Ruhe oder Ordnung gefährden würde."

Über den § 412 u. f. wird eine sehr ausführliche Debatte geführt. Die Abtheilung hatte den § 412 so wie den § 413 abgelehnt und dafür ein Amendement folgenden Inhalt gestellt:

"Geistliche, welche ihr geistliches Amt benutzen, um gegen die im Staate anerkannten Kirchen oder geduldeten Religionsgesellschaften Hass und Feindschaft zu erregen, oder die ihnen vom Staate bei Zulassung zum geistlichen Amte durch die Landesgesetze gestellten Bedingungen beharrlich und wiederholt übertreten, können durch die Gerichte zur ferneren Ausübung geistlicher Amtshandlungen innerhalb Landes für unfähig erklärt werden."

Die Regierung war darauf eingegangen, daß Titel 27 "die Verbrechen der Geistlichen" wegfallen und daß der 6. Titel die Ueberschrift „Verbrechen, welche sich auf die Religion und das geistliche Amt beziehen“ erhalten und nach § 25 ferner noch § 149 und 152 ein neuer § eingeschaltet werde. Allein die Abtheilung lehnte auch diese Vorschläge ab und blieb bei ihrem ursprünglichen Antrage stehen. Der Kultus-Minister entwickelte in ausführlicher Rede die Gründe, aus welchen dem Staate eine Strafgewalt auch gegen Geistliche zu stehen müsse und mache besonders darauf aufmerksam, daß beim Mangel solcher Bestimmungen die Regierung bei entstehenden Konflikten immer den Schein der Willkür gegen sich haben werde und daß den Geistlichen viele rein staatliche Funktionen, wie die Führung der Civilstandesregister, übertragen seien. Eine Reihe anderer Redner (Gr. v. Galen, Gr. Fürstenberg, Camphausen, Steinbeck, v. Mylius, v. Gudenu u. A.) sprachen mit größter Entschiedenheit sowohl gegen den Entwurf, als gegen die späteren Vorschläge der Regierung und ebenso gegen den Antrag der Abtheilung, weil sie alle diese Vorschläge für einen Eingriff des Staates in die Unabhängigkeit der katholischen Kirche hielten. Sie erklärten, daß sie gegen alle und jede Bestimmung stimmen würden, welche über diese Materie in das Strafrecht aufgenommen werden sollte. Graf v. Schwein stellt zwar, um die Unbestimmtheit des ersten Vorschlags zu beseitigen, den Vorschlag, zu sagen: „Geistliche, die den Gesetzen beharrlich zuwider handeln“, aber auch dieser Antrag erhält von katholischer Seite nicht die geringste Zustimmung. Auf die Bemerkung des Abg. v. Auerswald, daß den katholischen Glaubensbrüdern diese Bestimmungen nicht aufgedrungen werden sollten, sondern daß es sich darum handle, sich zu vereinbaren, daß sowohl von der Regierung als von

evangelischer Seite Vorschläge zu Maßnahmen behufs des Friedens und der Eintracht für die Zukunft gemacht worden seien, aber auch nur ähnliche Vorschläge von denen erwartet würden, die jene vera orf. n hätten, erwidert Fürst Wilh. Radziwill, daß die Katholiken sich hier nicht die Kompetenz zusprechen könnten, Vorschläge zu machen. Sie seien in Bezug auf die kirchlichen Angelegenheiten auf das Urtheil ihrer Kirche angewiesen, die Vorstellungen, welche ihre Bischöfe bei der Regierung eingereicht, seien ihnen nicht bekannt geworden und sie könnten sich folglich nicht dem ausschließen, mit ihnen in Widerspruch zu gerathen. In der That wurde auch von dieser Seite kein einziger Vorschlag gemacht. Sie gaben nur der Regierung anheim, ihre ausgesprochenen Ansichten bei einer Vereinbarung mit ihren Kirchenobern zu berücksichtigen. Nachdem noch eine Reihe von Vermittelungs-Anträgen gestellt worden, ohne von katholischer Seite Beifall zu finden, wurde der Antrag der Abtheilung mit der vom Grafen von Schwerin beantragten Modification mit 60 gegen 34 Stimmen angenommen. Die Abstimmung erfolgte auf den Antrag des Fürsten Wilh. Radziwill durch namentlichen Auftruf. Bei § 413 wurde dem schon oben angeführten Amendement der Abtheilung beigestimmt. § 414 fällt weg. § 415 wird den vorhergehenden Abstimmungen gemäß modifiziert. § 416 fällt weg.

(Sitzung vom 3. März.)

§ 426. "Wer ohne obrigkeitliche Erlaubnis zur Kriegszeit entweder Reisen in die von Feinden belegten Länder unnimmt, oder nach solchen Ländern einen Briefwechsel in Chiffren oder anderen geheimen Zeichen, oder auf anderen Wegen, als durch die öffentlichen Posten unterhält, ist mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder zu Gefängnisstrafe bis zu sechs Wochen zu verurtheilen." — § 427. "Wer ohne besondere Erlaubnis Risse von Festungen oder einzelnen Festungswerken des preußischen Staats aufnimmt, ingleichen, wer solche bis dahin geheim gehaltene Risse, aus deren Bekanntwerden Nachtheile für den Staat entstehen können, sammelt, oder wenn sie ihm zukommen, nicht abliefern, ist mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen." — § 428. "Gleiche Strafe (§ 427) soll Denjenigen treffen, welcher außerhalb seines Gewerbebetriebes heimlich oder wider das Verbot der Obrigkeit Vorräthe von Waffen oder Munition auffämmelt. Zugleich soll die Konfiskation dieser Vorräthe eintreten." — § 429. "öffentliche Versammlungen, welche bisher hinsichtlich der Zeit und des Ortes weber üblich noch gestattet waren, dürfen, unter welchem Namen und zu welchem Zwecke es immer sei, ohne vorausgegangene Genehmigung der Obrigkeit nicht stattfinden. Diejenigen, welche zu solchen von der Obrigkeit nicht genehmigten Versammlungen durch Verabredungen oder Ausschreiben Anlaß geben, ingleichen Diejenigen, welche an einer von der Obrigkeit besonders untersagten einzelnen Versammlung teilnehmen, sind mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen." — § 430. "Wer in öffentlichen Versammlungen, es mögen dieselben erlaubte oder unerlaubte sein, Reden hält, welche auf Veränderungen der Staats-Verfassung, sei es des preußischen Staates oder des deutschen Bundes, abzielen, ingleichen wer in öffentlichen Versammlungen Adressen oder Beschlüsse, welche auf solche Veränderungen abzielen, in Vorschlag bringt und durch Unterstreich oder mündliche Bestimmung genehmigt läßt, ist mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen." — § 431. "Wer ohne polizeiliche Erlaubnis öffentliche Lustbarkeiten veranstaltet oder öffentlich ankündigt, verfällt in eine Geldbuße bis zu fünfzig Thalern." — § 432. "Diejenigen, welche in Schankstuben oder an öffentlichen Vergnügungsorten zu einer von der Polizei verbotenen Zeit verweilen, ungeachtet sie von dem Wirth oder von dessen Vertreter oder von einem Beamten der Polizei zum Fortgehen aufgefordert worden sind, haben Geldbuße bis zu zwei Thalern, die Wirth aber, welche solches Verweilen zu verbotener Zeit dulden, Geldbuße bis zu zehn Thalern zu gewärtigen." — § 433. "Wer durch ungebührliche Reden oder Handlungen ruhestörenden Lärm erregt oder öffentliches Aergernis veranlaßt, ist mit Geldbuße bis zu zehn Thalern oder mit Gefängnis bis zu vierzehn Tagen zu bestrafen. Diese Strafe ist zu verdoppeln, wenn Mehrere vereint sich solcher Ruhestörungen schuldig machen." — § 434. "Bei dem Ausbrüche eines Aufstands oder Aufzugs und bis zu dessen Dämpfung müssen die Haus- und Dienstherrschaften die zu ihrem Haushof gehörigen Personen, so wie die Fabrikherren, Handelsbetreibende und Meister ihre Gehülfen, Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter in den Wohnungen oder Werkstätten zurückzuhalten suchen, und dürfen sie, wenn die Umstände eine Ausnahme nötig machen, daraus nur unter Anwendung solcher Vorsichts-Maßregeln entlassen, durch welche eine Vergrößerung des Zusammenlaufs möglichst vermieden wird. Wer dieser Verpflichtung entgegenhandelt, ist mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen. Eben diese Strafe soll die der Haus- oder Dienstherrschaft untergebenen Personen, so wie die Gehülfen, Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter treffen, welche solchen Anordnungen der Haus- oder Dienstherrschen zuwiderhandeln." — § 435. "Bei gleicher Strafe (§ 434) müssen alle diejenigen, welche in der Nähe eines Aufstands oder Aufzugs geistige Getränke trinken, welche zu deren Verkauf oder Aufbewahrung bestimmten Räume verschließen und sich des Verkaufs dieser Getränke gänzlich enthalten." — § 436. "Wer Personen, zu deren Anzeige die Obrigkeit öffentlich aufgefordert hat, verheimlicht, ingleichen wer die Flucht solcher Personen befördert, ungeachtet er von der Aufforderung Kenntnis hat, soll, falls nicht gegen ihn wegen Begünstigung eines Verbrechens eine höhere Strafe begründet ist, mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen bestrafen." — § 437. "Von jeder Verbindung, welche auf eine bestimmte Verfassung (mit Vorstehern,

Beamten oder Statuten) gegründet ist, muß der Obrigkeit unverzüglich Anzeige gemacht werden. Wer diese Anzeige unterläßt, so sollen sowohl die Stifter als die Vorstehrer mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern bestraft werden." — § 438. "Preußische Unterthanen, welche sich ohne Genehmigung des Königs oder der kompetenten inländischen Behörde ausländischer Titel, Orden, Ehrenrechte oder Standes-Auszeichnungen bedienen, sollen mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern bestraft werden, insofern sie schon zur Zeit der Erwerbung der Auszeichnung preußische Unterthanen waren." — § 439. "Niemand soll, bei Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder bei Gefängnisstrafe bis zu sechs Wochen, eines Familiennamens oder eines Familienwappens, welche ihm nicht zukommen, sich bedienen oder sein Familiennwappen ohne landesherrliche Erlaubnis verändern." — § 440. "Wer von dem Umlaufe falschen Geldes oder falscher Papiere (§§ 302, 308) glaubhafte Kenntniß erhält und nicht der Obrigkeit davon Anzeige macht, ist mit Geldbuße bis zu zwanzig Thalern zu bestrafen." — § 441. "Wer den zur Beschränkung der Unzucht erlassenen polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt, ist mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen." — § 442. "Wer durch boshaftes Quälen oder rohe Mißhandlung von Thieren zu Aergerniß Anlaß gibt, ist mit Gefängnis bis zu sechs Wochen oder mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern zu bestrafen." — § 443. "Wer ohne obrigkeitliche Erlaubnis 1) Gift zubereitet oder Anderen überläßt, oder 2) Arzneien, so weit der Handel mit denselben nicht für gewisse Arten und Quantitäten durch besondere Verordnungen freigegeben ist, verkauft oder, zwar unentgeltlich, jedoch einem besonderen obrigkeitlichen Verbote zuwider, an Andere überläßt, oder 3) Schießpulver, andere explodirende Stoffe oder Feuerwerke zu bereiter oder feihält, soll mit Geldbuße von fünf bis zu fünfzig Thalern bestraft werden. Die vorräthigen Stoffe sind zu konfiszieren." — § 444. "Dieselben Strafen (§ 443) sollen gegen diejenigen eintreten, welche bei der Aufbewahrung oder bei dem Transporte von Giftwaren, Schießpulver, anderen explodirenden Stoffen oder Feuerwerken, oder bei Ausübung der Befugniß zur Zubereitung oder Feihaltung dieser Gegenstände, so wie der Arzneien, die deshalb ergangenen Verordnungen nicht befolgen. Sind jedoch in diesen Verordnungen besondere Strafbestimmungen enthalten, so kommen diese zur Anwendung." — § 445. "Niemand darf ohne obrigkeitliche Erlaubnis einen Todten vor Ablauf von drei Tagen nach dessen Tode beerbigen oder beerbigen lassen. Wer dieser oder auch einer besonderen örtlichen Polizei-Vorschrift über die Beerdigung zuwiderhandelt, soll mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis bis zu 6 Wochen bestraft werden." — § 446. "Wer bei der Feuerung in verschlossenen Räumen eine Unvorsichtigkeit begeht, in deren Folge die darin befindlichen Personneu durch den Dunst in Gefahr gesetzt werden, ist mit Geldbuße bis zu fünfsig Thalern oder mit Gefängnis bis zu vierzehn Tagen zu bestrafen." — § 447. "Wer ein geladenes Gewehr in seiner Wohnung hält oder mit einem solchen ein fremdes Haus betritt, oder an Orten verweilt, wo Menschen verkehren, ingleichen der Hauswirth, welcher eine mit einem geladenen Gewehr versehene Person aufnimmt, ist zur sicheren Aufbewahrung des Gewehrs und zu den nötigen Vorsichts-Maßregeln gegen dessen Entladung verpflichtet. Die Vernachlässigung dieser Vorschriften ist mit Geldbuße bis zu fünfsig Thalern oder mit Gefängnis bis zu vierzehn Tagen zu ahnden." — § 448. "Wer an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten mit Feuerwehr oder anderem Geschosse ohne obrigkeitliche Erlaubnis schießt, ist mit Geldbuße von fünf bis zu fünfsig Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen." — § 449. "Bei gleicher Strafe (§ 448) darf Niemand an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten Selbstgeschosse, Schlagseisen oder Fuhangeln ohne obrigkeitliche Erlaubnis legen." — § 450. "Niemand darf Stosswaffe mit dreikantigen oder mehrkantigen Klingen, oder Stoß-, Hieb- oder Schußwaffen, welche in Stöcken, Röhren oder auf andere Weise verborgen sind, feilhalten oder führen. Die Übertretung dieses Verbots soll bestraft werden: 1) welche in Städten und Dörfern, besonders auf Brücken und in Thoren, beim Umlenken oder Umwenden um die Ecken übermäßig schnell fahren oder reiten; 2) welche auf öffentlichen Straßen oder Wegen mit Gefahr für Andere durch schnelles Fahren oder Reiten wetteifern oder mutwillig das Vorbeifahren oder Reiten Anderer verhindern; 3) welche auf öffentlichen Straßen oder Plätzen der Städte oder Dörfer Pferde einfahren oder zureiten; 4) welche mit Schlitten ohne feste Deichsel, oder in den Städten mit Schlitten ohne Gelände oder Schelle fahren; 5) welche Thiere in Städten oder Dörfern auf öffentlichen Straßen oder Plätzen oder an anderen Orten, wo sie durch Ausreiten, Schlagen oder auf andere Weise Schaden anrichten können, mit Vernachlässigung der erforderlichen Sicherheitsmaßregeln, ohne Aufsicht stehen lassen." — § 452. "Wer bei Unglücksfällen, oder bei einer gemeinsamen Gefahr oder Not, oder zur Ausführung eines obrigkeitlichen Befehls von der Obrigkeit oder deren Stellvertreter zur Hülfsleistung aufgefordert ist und dieser Aufforderung, obgleich er derselbe ohne eigene erhebliche Gefahr genügen konnte, keine Folge leistet, ist mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen." — § 453. "Wer gefährliche wilde Thiere ohne obrigkeitliche Erlaubnis hält, ist mit Geldbuße bis zu 50 Thalern zu bestrafen. Eben diese Strafe trifft denjenigen, welcher den gleichen Thiere zwar mit obrigkeitlicher Erlaubnis hält, jedoch die nötigen Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung von Beschädigungen unterläßt." — § 454. "Zahme Thiere, welche gefährliche Eigenschaften haben, die dem Besitzer bekannt sind, müssen von demselben bei Geldbuße bis zu fünfzig Thalern dergestalt verwahrt oder unter Aufsicht gehalten werden, daß Niemand durch sie beschädigt werden kann." — § 455. "Wenn bei gefährlichen, wilden oder zahmen Thieren (§§ 453, 454) andere Sicherheitsmaßregeln nicht ausreichen, so ist die Polizeibehörde befugt, die Wegschaffung oder Tötung solcher Thiere auf Kosten des Eigentümers zu veranlassen." — § 456. "Das Hezen der Hunde auf Menschen ist mit Geld-

büse von 10 bis zu 50 Thalern oder mit Gefängnis von 8 Tagen bis zu 6 Wochen zu bestrafen." — § 457. „Mit Geldbuße bis zu fünf Thalern sind diejenigen zu bestrafen: 1) welche nach einer öffentlichen Strafe oder nach Orten hinaus, wo Menschen zu verkehren pflegen, Sachen ohne gehörige Befestigung aufzustellen oder aufzuhängen, durch deren Umstürzen oder Herafsallenemand beschädigt werden kann; 2) welche an solchen Orten (Nr. 1) Sachen auf eine Weise ausgießen oder auswerfen, daß dadurch die vorübergehenden beschädigt oder verunreinigt werden können; 3) welche die zur Erhaltung der öffentlichen Reinlichkeit an den Häusern oder auf den Straßen erlassenen Ortspolizei-Berordnungen übertreten, sofern diese Verordnungen nicht eine andere Strafe bestimmen." — § 458. „Wer an Orten, wo Menschen sich befinden, gefährlicher Weise mit Steinen oder anderen harten Körpern wirft, ingleichen wer dergleichen Gegenstände in umschlossene Hofräume oder Gärten, oder auf Pferde oder andere Zug- oder Lasttiere wirft, ist mit Geldbuße bis zu zwanzig Thalern zu bestrafen. Gleiche Strafe soll denjenigen treffen, welcher absichtlich andere Personen oder deren Gebäude, Höfe, Gärten oder sonstige Sachen mit Unreinigkeit bewirkt." — § 459. „Bauherren, Baumeister und Bauhandwerker, welche einen Bau oder eine Reparatur, wozu die polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, entweder ohne dieselbe oder mit eigenmächtiger Abweichung von dem durch die Behörde genehmigte Bauplan ausführen lassen, sollen mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern bestraft werden." — § 460. „Mit gleicher Strafe (§ 459) soll derjenige belegt werden, 1) welcher Bauten und Reparaturen von Gebäuden oder sonstigen Bauwerken, als: Brunnen, Brücken, Schleusen u. s. w., vornimmt, ohne die von der Polizei angeordneten oder sonst erforderlichen Sicherungsmaßregeln zu treffen; 2) welcher auf oder an öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen, auf Höfen, in Häusern oder überhaupt an Orten, wo Menschen hinkommen, Brunnen, Keller, Gruben, Dossenungen oder Abhänge dergestalt unbedeckt oder unverwahrt läßt, daß daraus Gefahr für Andere entstehen kann." — § 461. „Wenn Sachen, von denen mit Rücksicht auf die Person des Besitzers zu vermuten ist, daß sie gestohlene oder untergeschlagen sind, einem Pfandleiber oder einem Gewerbetreibenden, welcher Sachen dieser Art zu kaufen oder zu verkaufen pflegt, zum Anlaufe oder als Pfand angeboten werden, so ist derselbe bei Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder Gefängnis bis zu sechs Wochen schuldig, die Sachen anzuhalten und an das Gericht oder die Polizei-Obrigkeit des Orts zur weiteren Untersuchung abzuliefern. Eine gleiche Strafe soll gegen die oben bezeichneten Gewerbetreibenden eintreten, wenn sie gestohlene oder untergeschlagene Sachen kaufen oder zum Pfand nehmen, nachdem sie durch eine an sie persönlich oder in den öffentlichen Blättern ihres Wohnorts erlassene amtliche Bekanntmachung oder durch eine an sie persönlich ergangene glaubwürdige Privatanzeige von dem Verbrechen und den Kennzeichen jener Sachen besonders benachrichtigt worden sind. Liegt in der Handlung ein schwereres Verbrechen, so hat es bei der dafür in den Gesetzen angeordneten Strafe sein Bewenden." — § 462. „Wer von einem zum Dienststande gehörenden Unteroffizier oder Gemeinen, ohne die schriftliche Erlaubnis des vorgesetzten Kommandeurs, Montirungs- oder Armurstücke im Wege des Kusses oder Lausches, oder als Pfand, oder als Geschenk, oder zum Gebraue annimmt, ist mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern zu bestrafen." — § 463. „Schlösser sind mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen, wenn sie 1) ohne Genehmigung des Inhabers einer Wohnung Schlüssel zu Zimmern oder Behältnissen anfertigen, oder Schlosser an denselben öffnen, oder 2) ohne Genehmigung des Hausbesitzers oder seines Stellvertreters einen Hausschlüssel anfertigen, oder nach Unfertigung eines solchen Schlüssels das Modell oder die Patrone desselben dem Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter nicht ausliefern, oder 3) Nachschlüssel oder Dietrich, ohne Erlaubnis der Polizei-Behörde, verabfolgen." — § 464. „Gewerbetreibende, bei denen ein zum Gebrauch in ihrem Gewerbe geeignetes, mit dem Stempel eines inländischen Eichungsbantes nicht versehenes Maß oder Gewicht oder eine unrichtige Waage vorgefunden wird, sollen mit Konfiszation des ungeeichten Maases oder Gewichtes oder der unrichtigen Waage, und zugleich mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern bestraft werden. Der wirkliche Gebrauch der erwähnten Werkzeuge ist zur Anwendung dieser Strafe nicht erforderlich. In Ansehung der Bestrafung sonstiger Vergehen wider die Maas- und Gewichtspolizei hat es bei den darüber bestehenden Verordnungen sein Bewenden." — § 465. „Pfandleiber, welche bei Ausübung ihres Gewerbes den polizeilichen Bestimmungen nicht genüge leisten, sind mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen." — § 466. „Das unbefugte Gehen, Steiten, Fahren oder Biehtraben über bestellte Wege oder Gärten, ingleichen über Leiter, Gärten, Weinberge, Wiesen, Weiden oder Schonungen, welche mit einer Einfriedigung versehen sind, oder deren Betreten durch Warnungstafeln untersagt ist, soll, sofern nicht die Vorschriften über die Pfändungen Platz greifen, auf den Antrag des Verletzten mit Geldbuße bis zu zwanzig Thalern bestraft werden." — § 467. „Wer sich eines Theiles benachbarter Grundstücke durch Abpfügen, oder auf andere Weise ungebührlich anmaßt, ingleichen wer durch Abpfügen, Abgraben oder durch andere unbefugte Handlungen einen öffentlichen oder Privatweg ganz oder teilweise sich zueignet, ist auf den Antrag des Verhördigten, oder der die Aufsicht über die beschädigte Sache führenden öffentlichen Behörde, mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen." — § 468. „Die widerrechtliche Zueignung der bei den Übungen der Artillerie verschossenen Eisenmunition ist mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen." — § 469. „Wahrsager, Traumdeuter, Kartenleger, Geisterbanner, Schatzgräber und Goldmacher sind, insofern sie die Gauklerie gegen Entgelte treiben, und nicht außerdem in der Handlung das Verbrechen eines Betruges enthalten ist, mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen." — § 470. „Wer ohne obrigkeitsliche Genehmigung eine neue Feuerstätte errichtet oder eine bereits vorhandene an einen anderen Ort verlegt, ist mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern zu bestrafen." — § 471. „Bei Vermeidung gleicher Strafe (§ 470) müssen Gewerbetreibende, welche in Feuer arbeiten, wegen Anlegung und Verwahrung ihrer Werkstätten, so wie wegen der Art und Zeit, sich des Feuers zu bedienen, die von der Polizei-Behörde ertheilten Vorschriften befolgen." — § 472. „Hauseigentümer oder deren Stellvertreter, welche nicht dafür sorgen, daß die Feuerstätten in ihren Häusern in baulichem und brandfremrem Stande unterhalten und die Schornsteine zur rechten Zeit gereinigt werden, sind mit Geldbuße bis zu zehn Thalern zu

bestrafen." — § 473. „Wer Waaren, Materialien oder andere Vorräthe, welche sich leicht von selbst entzünden oder leicht Feuer fangen, an Orten oder in Behältnissen aufbewahrt, wo ihre Entzündung gefährlich werden kann, oder wer Stoffe, die nicht ohne Gefahr einer Entzündung bei einander liegen können, ohne Absondern aufbewahrt, soll mit Geldbuße bis zu zwanzig Thalern bestraft werden." — § 474. „Bei Geldbuße bis zu zehn Thalern soll Niemand Scheunen, Ställe, Böden oder andere Räume, welche zur Aufbewahrung feuerfangernder Sachen dienen, mit unverwahrtem Feuer oder Licht betreten, oder sich denselben nähern. — Das Tabakrauchen an diesen Orten ist bei gleicher Strafe untersagt." — § 475. „Mit Geldbuße bis zu zwanzig Thalern sollen diejenigen bestraft werden: 1) welche bei trockener Jahreszeit oder an gefährlichen Stellen in Wäldern oder Hainen, oder zwar an anderen Orten, jedoch in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder anderen feuerfangernden Sachen, Feuer anzünden; 2) welche Gefäße, die brennende Kohlen oder andere Feuerstoffe enthalten, unbeaufsichtigt an Orten stehen lassen, wo ein Brand dadurch verursacht werden kann; 3) welche in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder anderen feuerfangernden Sachen mit Feuerwehr schiessen oder Feuerwerke abbrennen." — § 476. „Wer einen in seiner Wohnung ausgebrochenen Brand absichtlich verheimlicht, soll mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern bestraft werden." — § 477. „Wer wissenschaftlich falschen Feuerlärm erregt, ist mit Geldbuße bis zu fünfzig Thalern oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen zu bestrafen." — § 478. Wer die polizeilich vorgeschriebenen Feuer-Löscherätschaften entweder gar nicht, oder nicht in brauchbarem Zustande hält, ist mit Geldbuße bis zu zehn Thalern zu bestrafen."

Die Berathung bezieht sich 426—478. Die zu § 426 gestellten Anträge finden keine Majorität. § 427 wird mit dem Antrage angenommen, daß er in den zweiten Theil des Gesetzes verwiesen werde. § 428 soll in den 3ten Titel des ersten Abschnitts gestellt werden. Zu § 429, öffentliche Versammlungen betreffend, beantragte die Abteilung mit 9 gegen 7 Stimmen die Streichung. v. Kochow, v. Gaffron, v. Werdeck sprechen für Beibehaltung, Camphausen, Sperling, v. Sacken-Tarpusch, v. Schwerin u. A. vertheidigen den Antrag auf Streichung. — Der Landtags-Komm. erklärt: Die Regierung werde und müsse Volksversammlungen mit zweiblättrigen Zwecken oder in gefährlichen Zeiten im Interesse des öffentlichen Wohls verhindern. Die Versammlung stimmt dem Antrage auf Streichung des § mit 46 gegen 43 Stimmen bei. § 430, betreffend Reden in öffentlichen Versammlungen soll nach dem Antrage der Abteilung ebenfalls gestrichen werden. v. Kochow spricht dagegen. Er warnt die Versammlung, durch Streichung des § nicht Reform-Vankets zu autorisieren: Um öffentliche Angelegenheiten zu berathen, seien gesetzlich bestehende Versammlungen genug vorhanden. v. Mylius glaubt nicht, daß die ständischen Organe Rechte und Gedankenfreiheit für sich allein in Anspruch zu nehmen, dem ganzen Volke aber zu verweigern berechtigt seien. Es wird von mehreren Rednern auf die neuesten Ereignisse einigermaßen Bezug genommen. v. Kochow will den Zuständen unseres Vaterlandes nicht die Schmach antun, sie mit den Zuständen eines andern Landes (Frankreich) zu vergleichen, wo öffentliche Versammlungen zu Revolution und Anarchie geführt hätten. Camphausen dagegen bedauert, seinem Vaterlande nicht die Ehre erweisen zu können, seine Zustände mit den Zuständen eines anderen Nachbarlandes zu vergleichen, wo dasjenige unverkürzt ausgeübt werde, was sie hier verwerfen sollten. Der Wegfall des § 430 wird mit 62 gegen 29 Stimmen beantragt. §§ 431—440 werden, teilweise mit geringen Abänderungen, angenommen. Bei § 441 wird die Streichung beantragt, aber von der Versammlung nicht befürwortet. §§ 442 bis 447 werden angenommen, §§ 448, 449 mit Weglassung des Minimums. §§ 450, 451 werden nach einigen Bemerkungen, § 452 mit Weglassung des Wortes „erhebliche“ vor „Gefahr“ angenommen. §§ 453—460 werden ohne Bemerkungen angenommen. Zu § 461 wird der Antrag auf eine allgemeine Ausdehnung der gegen Pfandleiber und Gewerbetreibende angedrohten Strafen gestellt, aber verworfen. §§ 461—465 werden angenommen, § 466 wird gestrichen. §§ 466—468 werden angenommen, der Antrag auf Wegfall des § 469 wird verworfen. §§ 470 bis 473 werden angenommen, zu § 474 wird ein Strafminimum von 2 Ril. beantragt. §§ 475—478 werden unverändert angenommen.

Die Berathung geht hierauf auf § 462 zurück. Die Abteilung hat in dem gedruckt verthilten Gutachten alle die Verbrechen zusammengestellt, mit deren Strafe die Kassation unter allen Umständen verbunden sein soll und die Versammlung empfiehlt diese Vorschläge zur Berücksichtigung bei der Schlufredaktion. Eben so werden mehrere in früheren Sitzungen vorbehaltene Bestimmungen noch erledigt.

(Sitzung vom 4. März.)

Nachdem die Versammlung zu § 193 nachträglich beantragt hat, daß bei nicht öffentlichen Injurien nur Polizeistrafen eintreten mögen, und nachdem dem Abtheilungsgutachten, welches diejenigen §§ aufzählt, deren Fassung nicht genügt, beigestimmt worden, wird die Debatte über folgende Fragen eröffnet:

1) ob das berathene Strafgesetzbuch eine bestimmte Prozeßform voraussetze;

2) ob eine definitive Erklärung über die Zweckmäßigkeit derselben ohne gleichzeitige Kenntnis einer zu gewärtigenden neuen Prozeßordnung gegeben werden könne;

gesetzbuch nicht erlassen werden, bevor eine neue Criminalordnung von dem vereinigten Landtag berathen und demselben Gelegenheit gegeben werden, sich zugleich über den Inhalt des Strafgesetzbuches zu äußern.

Der Landtags-Komm. bestreitet das Recht des vereinigten Landes auf nochmalige Vorlegung des Strafgesetzentwurfs, er widerspricht der Ansicht, daß derselbe nur gleichzeitig mit der neuen Criminalordnung emanirt werden könne, und behauptet, daß der Antrag auf Vorlegung der neuen Criminalordnung im vereinigten Landtag durch die Petition derselben auf Einführung des neuen Criminal-Versfahrens vollständig erledigt und hier nicht die Zeit und der Ort sei, auf diesen Antrag von Seiten der Regierung näher einzugehen. Neumann vertheidigt den Antrag auf Vorlegung an den vereinigten Landtag, weil der Ausschuss sich nicht als Vertreter des Landes betrachten könne, sucht darzuthun, daß das Strafgesetz nicht ohne eine neue Criminalordnung emanirt werden könne, und daß eine solche dem vereinigten Landtag vorgelegt werden müsse. Graf zu Dohna-Lauck stimmt den letzten beiden Punkten bei und widerspricht der Ansicht des Landtags-Komm., daß mit der Petition des vereinigten Landtages das Recht derselben auf Berathung derselben aufgehoben

3) ob — wenn eine neue, allen Landestheilen des Staates gemeinsame Prozeßgesetzegebung nicht zu gewärtigen stehe — der Strafgesetzentwurf den gegenwärtig in den verschiedenen Landestheilen bestehenden Prozeßordnungen entsprechen und namentlich die Gerichtsverfassung in der Rheinprovinz nicht beeinträchtigen werde.

Die Abtheilung trägt an, zu erklären: zu 1., daß der Strafgesetzentwurf öffentliches und mündliches Verfahren und den akkusatorischen Prozeß als diejenige Prozeßform ansehe, unter welcher derselbe zur Anwendung kommen solle; zu 2. und 3., daß der vereinigte Ausschuss es als notwendig erachte, es möge das Strafgesetz. Dem Antrage auf Vorlegung des Strafgesetzbuches in dem vereinigten Landtag widersteht er sich. v. Gaffron spricht gegen alle Anträge der Abtheilung. Camphausen unterstützt den Antrag der Abtheilung aus Gründen des Rechts, aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der Politik und aus Gründen der Willigkeit. Aus Gründen des Rechts, weil die Regierung nach Einberufung des vereinigten Landtages nicht mehr berechtigt gewesen, das Strafgesetz ohne ständischen Bevölkerung zu erlassen, und weil im Strafgesetzentwurfe eine Anzahl von Punkten enthalten seien, welche den Ständen noch nicht vorgelegen hätten; aus Gründen der Zweckmäßigkeit und Politik, weil der Ausschuss fast allgemein als nicht zweckmäßig anerkannt worden, weil das Stimmenverhältnis auf dem vereinigten Landtag sich jedenfalls anders gestaltet haben würde und bei der dreigliedrigen ständischen Eintheilung das Volk die Vorstellung einer Stufenfolge habe, so daß der vereinigte Landtag gleichsam als die höchste Instanz betrachtet werde; aus Gründen der Willigkeit, endlich mit Rücksicht auf die Rheinländer, welchen man noch einmal den offenen Kampf im weißen Saale für ihre Überzeugungen gönnen möge. Sperling vertheidigt ebenfalls den ganzen Antrag der Abtheilung. Er zählt in seiner Rede beispielweise 11 Strafgesetze auf, welche den Provinzial-Ständen noch gar nicht vorgelegen haben, und so dann eine Anzahl Beschlüsse des verein. Ausschusses, welche, als sie zur Publizität kamen, allgemeinen Anstoß erregten, und leitet daraus die Notwendigkeit einer nochmaligen Berathung des Strafgesetzbuchs von Seiten des verein. Landtags her. Hr. Renard spricht unter vielfachem Bravo gegen alle Anträge der Abtheilung. Naumann bedauert unter Hinweisung auf die Verhältnisse in Frankreich, daß während die Stände in andern deutschen Staaten versammelt seien, sich um die Throne schaaren und berathen, wie das Heil des Landes und das Heil Deutschlands zu sichern sei, die Stände des ersten Reiches in Deutschland jene Ereignisse schweigend hinnehmen, und nicht ein Wort zu sagen wagen. Der verein. Ausschuss möge sich nicht in seinen letzten Votums in die letzten Widersprüche sehen mit den Ansichten, welche das Land durch den verein. Landtag ausgesprochen habe. Hr. Schwerin ist der Meinung, daß der Landtag kein gesetzliches Recht hat, die Berathung des Strafgesetzbuchs zu verlangen. Deshalb und weil er glaubt, der Ausschuss verlässe mit der Annahme des Abtheilungsgutakents seine bisherige Stellung, stimmt er gegen sämtliche Anträge.

(Beschluß folgt.)

Verantwortlicher Redakteur Dr. J. Nimb.

### Bekanntmachung.

Vom 1. März d. J. ab, werden zufolge höherer Anordnung die Inquisitoriate zu Brieg, Glatz, Jauer und Schweidnitz mit den an diesen Orten befindlichen Land- und Stadt-Gerichten vereinigt, was wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Breslau, den 26. Februar 1848.

Königl. Ober-Landes-Gericht.

**Theater-Repertoire.**  
Freitag, neu einstudierte: "Wilhelm Tell." Heroisch-romantische Oper mit Tanz in 4 Akten, Musik von Rossini. Personen: Geßler, kaiserlicher Landvogt der Schweiz, Herr Puschmann, Rudolph der Harras, sein Vertrauter, Herr Campe, Tell, Herr Rieger, Melchthal, Herr Grahm, Arnold, sein Sohn, Herr Schloss, Walther Fürst, Herr Schott, Baumgarten, Herr Pätsch, Matilde, kaiserliche Prinzessin, Frau Küchenmeister, Hedwig, Tell's Gattin, Frau Heinze, Gemmi, Tell's Sohn, Frin, Erdmann, Sonnabend, zum 11ten Male: "Einmal hunderttausend Thaler." Posse mit Gesang in 3 Aufzügen von D. Kalisch. Musik arrangirt von Gährich.

Verein. Δ. 20. III. 5½ R. v. T. Δ. I.

Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.) Heute starb unsere geliebte Tochter Klara, 5½ Jahr alt, an Gehirnleiden. Breslau, den 16. März 1848.

Behrends, Stadt-Gerichts-Direktor, Johanna Behrends, geb. Birkner.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend halb 11 Uhr starb meine geliebte Frau, Ernestine, geb. von Weermann, an Lungenentzündung, nachdem dieselbe am 11. d. M. Abends halb 10 Uhr, von einem Knaben glücklich entbunden worden war. Der Neugeborene folgte ihr heute Morgen um 8 Uhr zur ewigen Ruhe nach. Dieses für mich so höchst betrübende Ereignis zeigte sich, um stille Theilnahme bittend, Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an.

Kempen, den 15. März 1848.

August Klose, Apotheker.

Laetitia.

Sonnabend den 18. März: Soiré. Die Direktion.

**Höhere Bürgerschule.**  
Ferner Anmeldungen neuer Schüler für Ostern prüfen abgelehnt werden.

Breslau, den 15. März 1848.

Dr. Kletke.

Nur noch kurze Zeit.  
Menagerie.

Auf dem Salvatorplatz findet täglich um 3 und 5 Uhr Nachmittag der Zweikampf der beiden Hyänen statt, so wie die Ablieferung und Fütterung sämtlicher Raubtiere.

B. Hartmann.

**Bekanntmachung.**  
Die verehrlichen Mitglieder des Vereins zur Unterstützung hülfsbedürftiger Familien austrückender Wehrmänner des Breslauer Landwehr-Bataillons (städtischen Untheils) werden in Gemäßheit des § 9 der Statuten daran erinnert, daß am

17. März d. J., Nachm. 3 Uhr, auf dem rathhäuslichen Fürstensaal die ordentliche Generalversammlung zur Wahl der Vorstandsmitglieder und zur Erstattung des Berichts über die Verhältnisse des Vereins stattfinden wird.

Diesjenigen, welche dem Verein noch beitreten wünschen, wollen sich bei dem Rechnungs-Rath, Herrn Zimmer in der Stadtgerichts-Salarienkasse melden.

Breslau, den 10. März 1848.

Im Auftrage des Vereins:

(gez.) Waruke, Becker.

**Nothwendige Subhostion.**

Das dem Messerschmiedemeister Friedrich August Heinrich gehörige Haus Nr. 463 zu Görlitz, gerichtlich auf 5681 Mtr. 7 Sgr. 6 Pf. abgeschägt, soll auf

den 24. Mai 1848 von Vormittags 8 bis 11 Uhr ab an hiesiger Gerichtsstelle subhostiert werden, Tore und Spaltenkneidelein können in der III. Abtheilung unserer Kanzlei eingesehen werden.

Görlitz, den 7. Oktober 1847.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.

**Bekanntmachung.**  
Das am Laubaner Thore hier selbst im Bau befindliche Werkstattgebäude des Weißgerber-Lange soll im Wege der Exekution öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden und es wird hierzu ein Termin auf Donnerstag den 23. März d. J. Nachmittags 2 Uhr in dem Hause Nr. 270 Laubanergasse anberaumt. Bietungslustige können die Verkaufs-Bedingungen jederzeit bei Unterzeichnetem einsehen.

Löwenberg, den 15. März 1848.

Schittler, gerichtl. Auktions-Kommissar.

Das herrschaftliche Braubar des Markt-Slecken Quarz, im Kreise Glogau, soll von Johannis d. J. ab wiederum auf drei Jahre verpachtet werden.

Kaufstoffs-fähige, pachtlustige Brauer, welche wohlersfahren und tüchtig in ihrem Fach sind, können die Pachtbedingungen bei dem unterzeichneten Wirtschafts-Amt täglich einsehen. Wobei bemerk't wird, daß der Markt-Slecken Quarz ein volkreicher gewerbshäufiger Ort, und an der Berliner Chaussee und an der niederschlesischen Zweigbahn belegen ist.

Quarz, 3. März 1848.

Das Freiherrlich von Eschmersche Wirtschafts-Amt.

Bei dem Amte Karlsruhe sind 20 Centner Schmoteen-Grassamen, à 8 Rthlr. zu verkaufen.

## Die Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft,

Allerhöchst privilegiert und unter die Ober-Aufficht eines königl. Kommissarius gestellt, wird durch ein Aktien-Kapital von

### Einer Million Thaler preuß. Courant garantirt;

stellt sehr billige Prämien bei den verschiedensten Versicherungs-Arten; überläßt den auf Lebenszeit Versicherten zwei Drittheile des Gewinnes der Gesellschaft, ohne Nachzahlung bei Verlusten zu beanspruchen;

stellt ihre Policien, nach Wahl des Versicherten, an den Vorzeiger oder legitimirten Inhaber zahlbar, gestattet auch viertel- oder halbjährliche Vorauszahlung der Prämien, und willigt in Seereisen ohne oder gegen geringe Prämien-Erhöhung.

Wird die sogenannte Sparkassen-Versicherung gewählt, so kann das versicherte Kapital nach Ablauf bestimmter Jahre vom Versicherten selbst, oder im Falle seines früheren Todes vom Nachbleibenden (Erben, Gläubiger) erhoben werden.

Renten jeder Art (lebenslängliche, aufgeschobene, auf bestimmte Jahre beschränkte, verbundene oder einfache) können gegen Kapitals-Einlagen von der durch uns gleichfalls vertretenen Berlinischen Renten- und Kapitals-Versicherungs-Bank erworben werden.

Geschäfts-Pläne, Programme und Antrags-Formulare sowohl für Versicherungs-Anträge als für Rentenkäufe werden bereitwillig ertheilt (Spandauer Brücke Nr. 8).

Berlin, den 15. März 1848.

## Direktion der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß mit dem ergebenen Bemerkern, daß Geschäfts-Programme bei mir unentgeltlich ausgegeben werden.

Breslau, den 16. März 1848.

Haupt-Agent der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

### Bekanntmachung.

In dem königlichen Forst-Revier Windischmarchwitz werden im Monat März d. J. 538 1/2 Klaftern diverses Brennholz zum meistbietenden Verkauf gestellt: I. den 22ten, a) aus dem Schutzbezirk Schmogau: 5½ Klf. Birken-Scheite, 4½ Klf. Birken-Knäppel und 10½ Klf. Kiefern-Scheite; b) aus dem Schutzbezirk Glausche: 16 Klf. Kiefern-Scheite. II. Den 23ten: aus dem Schutzbezirk Sgorselliz: 1½ Klf. Eichen-Stochholz, 1½ Klf. Aspen-Scheite, 326 Klf. Kiefern-Scheite, 1½ Klf. Kiefern-Knäppel. III. Den 24ten: aus dem Schutzbezirk Schadeguh: 45½ Klf. Eichen-Scheite, 2½ Klf. Eichen-Knäppen, 5½ Klf. Eichen-Stochholz, 34 Klf. Birken-Scheite, 21½ Klf. Kiefern-Scheite, 5½ Klf. Fichten-Scheite. IV. Den 25ten: aus dem Schutzbezirk Bachwitz: 10½ Klf. Birken-Knäppel, 48 Klf. Erlen-Knäppel, und 1 Klf. Aspen-Knäppel. Die Verkäufe finden ad I. Vormittags von 10 bis 12 Uhr in der Försterei zu Glausche; ad II. und III. in den betreffenden Forsthäusern von 2—4 Uhr Nachmittags, und ad IV. Vormittags von 10—12 Uhr in der Försterei zu Bachwitz.

Die Bezahlung des Steigerpreises muß nach beendigtem Termine an den anwesenden Kassen-Beamten sofort erfolgen.

Windischmarchwitz, den 13. März 1848.

Der königliche Oberförster Gentner.

### Bekanntmachung.

In der königlichen Oberförsterei Windischmarchwitz finden im Monat März d. J. noch folgende Bau- und Nutzholz-Verkaufs-Termine statt: 1) den 23ten im Schutzbezirk Sgorselliz, und 2ten den 24ten im Schutzbezirk Schadeguh Vormittags von 10—12 Uhr. Es werden unter den bekannten Bedingungen an bereits ausgeschnittenen und vermessenen Hölzern zum Verkauf gestellt.

Kiefern und Birken in Sgorselliz und Eichen, Birken, Kiefern und Fichten in Schadeguh.

Windischmarchwitz, den 13. März 1848.

Der königliche Oberförster Gentner.

**Auktion.** Am 18. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr, werde ich in Nr. 42 Breitestraße, eine Partie abgeagerte Bremer-Cigarren, und diverse gute Weine versteigern. Mannig, Aukt.-Kommissar.

**Auktion.** Am 20. d. M., Vorm.

9 Uhr, sollen im Pokohofe am Karlsplatz gut gehaltene Mobiliens, als Kleiderschränke, Kommoden, Waschtoiletten, Tische, Stühle, Spiegel, Lampen, ein Billard, 8 Gebett-Betten &c. versteigert werden.

Mannig, Auktions-Komm.

**Auktion.** Am 20ten d. M. Nachm. 2 Uhr werde ich in Nr. 43 Schmiedebrücke aus dem Nachlaß der vermittelten Frau Stadt-räthin Blumenthal Bettlen, Möbel, Hausrattheit und ein gut gehaltenes Mahagoni-Flügel-Instrument versteigern.

Mannig, Auktions-Komm.

**Auktion.** Am 22. d. M. Vorm. 9 Uhr werde ich in Nr. 41 Karlsstraße, eine Partie Stegseife, einige Fässer Soda, 1 Balken- und 1 Brücken-Waage, 1 Getreide-Reinigungs-Maschine und diverse Handlungs-Utensilien versteigern. Mannig, Aukt.-Kommissar.

**Auktion.** Am 22ten d. M. Nachm. 2 Uhr, werde ich im hiesigen Münzamt (Sand-Straße) Möbel und Hausrattheit, physikalische, chemische und magnetische Apparate, 1 Elektrifirmaschine und eine Partie diverser Bücher versteigern. Mannig, Aukt.-Kom.

**Auktion.** Am 27. d. M. Vorm. von 9 Uhr ab, soll das zur Kaufmann M. Kaiser'schen Konfurs-Masse gehörige Gold, Silber, Kleider, Möbel und Hausrattheit in seiner früheren Wohnung öffentlich, gegen baare Zahlung, versteigert werden.

Jauer, 14. März 1848.

Berw. Instrumentenbauer Brandeis.

**Stroh- und Rosshaarhüte**

werden gewaschen und appretiert bei Theresia Wolff in Jauer, Striegauer Straße Nr. 188.

**Auktion.** Am 27. d. M. Vorm. von 9 Uhr ab, soll das zur Kaufmann M. Kaiser'schen Konfurs-Masse gehörige Gold, Silber, Kleider, Möbel und Hausrattheit in seiner früheren Wohnung öffentlich, gegen baare Zahlung, versteigert werden.

Jauer, den 14. März 1848.

Berw. Instrumentenbauer Brandeis.

**Verkaufs-Anzeige.**

Auf dem Dominium Paschlerwitz, Kreis Trebnitz, stehen zum Verkauf: 100 Stück

gesunde, fein- und reichwollige, zur Zucht ganz taugliche Mutterschafe, mit oder ohne Wolle. Auch verkaufst dasselbe 200 Scheffel Samenwicken.

Die unterzeichnete Buchhandlung erhielt:

## Frankreichs Revolution von 1848,

oder vollständige Sammlung aller auf sie bezüglichen Berichte, Dokumente, Aktenstücke, Proklamationen, Verhandlungen &c. von ihrem ersten Ursprunge bis zum Schluss der zu constituirenden National-Versammlung. Nach Quellen und den Beichten von Augenzeugen. (Berlin, Verlag von G. Hempel) **Erstes Heft** (5 Bogen stark) mit dem Bildnis Lamartine's. Preis für den Bogen

### nur einen Silbergroschen.

Breslau und Ratibor. Buchhandlung Ferdinand Hirt.

In der Buchhandlung von Ferdinand Hirt in Breslau und Ratibor, so wie bei Stock in Krotoschin, Kuhlmeij in Liegnitz, Flemming in Glogau, Hege in Schweidnitz und in allen übrigen Buchhandlungen ist zu haben und als ein in jeder Hinsicht guter Rathgeber zur Selbstbesorgung des Gartens zur Anschaffung zu empfehlen:

## Der populäre Gartenfreund,

oder die Kunst, alle in Deutschland vegetirenden Blumen und Gartengemüse auf die leichteste und einträglichste Weise zu ziehen. (Nebst einem Gartenkalender.) Auf praktische Erfahrungen gegründet und von O. Schmidt und F. Herzog, Kunstgärtner in Weimar, herausgegeben.

Dritte verbesserte Aufl. Preis 20 Sgr.

Die Gartenfreunde erhalten hiermit ein Werk, worin die Ziehung, Wartung und Pflege der verschiedenen Blumen und Gartengewächse beschrieben, und dazu noch die besten Vertilgungsmittel gegen schädliche Insekten enthält.

Auch in Brieg bei Ziegler, — Glogau bei Hirschberg, Bunzlau bei Appun und Julien, Grünberg bei Weiß vorrätig.

### Auktion.

Auf den 22. dieses Monats, Nachmittags 3 Uhr sollen in Birkendorf, hiesigen Kreises, ein fast noch neuer moderner Fenstervagen, ein Paar fast noch neue Pferdegeschirre mit neu silbernen Beschlägen und Möbel gegen baare Bezahlung versteigert werden. Kauflustige werden hiermit eingeladen.

Guhrau, den 13. März 1848.

Der königliche Kreis-Justiz-Rath Scheurich.

### Auktions-Anzeige.

Im Auftrage des königlichen Land- und Stadt-Gerichts hier selbst werde ich in dessen Auktions-Lokale

am 20. März d. J. Vorm. 9 Uhr, Mobilien, Kleidungsstücke, 120 Pfund weiss und gefärbte Garne, 16 Weben rohe und gebleichte Kattune, Schürzen-Leinwand, 3 gesperrte Ketten, Barchent- und Leinwand-Reste, wie auch andere Gegenstände zum Gebrauch gegen baare Zahlung meistbietend versteigern.

Reichenbach in Schl., den 12. März 1848.

Fischer, gerichtl. Auktions-Kommissarius.

### Anzeige.

Den Herren Instrumentenbauern zeige ich hiermit an: daß ich, um gänzlich damit zu räumen, sechs neue birkene Flügelkästen mit schon eingelegten Resonanzboden und zugehörigen Claviaturen gegen sofortige Zahlung billig zu verkaufen beabsichtige. — Eben so mögen einem sehr geehrten Publikum eine Anzahl neuer Flügel-Instrumente bestens empfohlen sein, wobei ich besonders zu beachten bitte, daß sämtliche hier benannte Gegenstände noch aus der Manufaktur meines seligen Mannes herrühren.

Jauer, 14. März 1848.

Berw. Instrumentenbauer Brandeis.

**Stroh- und Rosshaarhüte**

werden gewaschen und appretiert bei

Theresia Wolff in Jauer,

Striegauer Straße Nr. 188.

**Verkaufs-Anzeige.**

Auf dem Dominium Paschlerwitz, Kreis Trebnitz, stehen zum Verkauf: 100 Stück

gesunde, fein- und reichwollige, zur Zucht

ganz taugliche Mutterschafe, mit oder ohne

Wolle. Auch verkaufst dasselbe 200 Scheffel Samenwicken.

Branchbar für jede Herrschaft.

Meinen neu erfundenen weißen Porzell- und Cristall-Schitt, den ich in der Zeitung schon bekannt gemacht habe, womit jede Herrschaft sich selbst die feinsten Gegenstände zusammenkitten kann, daß es fast nicht zu sehen ist und bei allem heissen Waschen

Probe hält, habe ich nebst Anweisung zum Selbstgebraue zu verkaufen. Auch nehme ich selbst die feinsten Sachen bei mir als auch bei den Herrschaften im Hause zum Kitten an. Meine Wohnung ist Weißgerbergasse Nr. 14, von einer Stiege hoch, nächst der Nikolaistrasse-Ecke; Aufenthalt nur kurze Zeit.

Fr. Stricker, reisender Kunstarbeiter aus Bochum bei Eberfeld.

Eine routinierte Wirthschafterin in mittleren Jahren und mit vorzülichen Zeugnissen verfehlt, sucht zu Ostern auf dem Lande oder in einer Provinzialstadt eine geräuschlose Stellung, wobei sie weniger auf hohen Gehalt als auf gute Behandlung sieht. Geeignete Offerten erbittet man alsbald mit genauer Bezeichnung der Stellung unter der Adresse: B. A. W. Breslau postle restante.

Hiermit warne ich Federmann, meinem Stieffohne Heinrich Wolf, auf meinen Namen etwas zu borgen, da weder ich noch meine Chefrau fernerhin für denselben Zahlung leisten werden. Fritsche, Bauer-Gutsbesitzer in Polenitz bei Freiburg.

Mehrere Kapitalien sind auf sichere Hypotheken sofort zu vergeben. Näheres bei A. Jäkel, Grüne Baumbrücke Nr. 2.

Während dieses Marktes werden für einen auswärtigen Fabrikanten auf circa 6-8 Tage zwei Piecen als Verkaufszimmer und Wohnstube in einer Geschäftsgegend unter biligen Bedingungen gesucht. — Näheres im Com

**S. F. Ziegler's Buchhandlung in Briesg,**  
Zollstraße Nr. 13,  
empfiehlt die mit derselben verbundene,  
**7000 Bände starke Lesebibliothek**  
alleitiger Beachtung und Theilnahme. Dieselbe wird fortwährend mit dem Neuesten  
und Beliebtesten vermehrt. Separat besteht noch ein  
**Lesezirkel**  
belletristischer und publicistischer Zeitschriften, so wie medizinischer Jour-  
nale; desgleichen in jedem Winter-Semester  
**ein Taschenbücher-Lesezirkel.**  
Katalog und Bedingungen werden bereitwilligst mitgetheilt.

**Formulare zu Prozeß-Bollmachten,**  
nach dem von dem Anwalt-Vereine zu Breslau entworfenen Schema  
sind sowohl in Folio als in Quarto (Briefform) erschienen und zu haben bei  
**Graß, Barth und Comp. in Breslau.**

Neueste Erfindung des Chemikers G. Aubert in Breslau.

### Cosmetique de Prusse,

vorzügliches Mittel zur Verschönerung und Erhaltung der Haare, so wie  
überhaupt allen Krankheiten derselben vorzubeugen. Preis à Stück 7½ Sgr.  
Für Breslau allein echt bei A. G. Aubert, Bischoffstr. Stadt Rom.

P. S. Um Nachahmungen zu vermeiden, ist jedes Stück mit meiner Firma en basrelief geprägt.

**Die Fabrik von D. Höhlmann und Comp., Klosterstraße Nr. 60,** hält von bevorstehendem Markt ab Karlsstraße Nr. 36 ein beständig wohl sortirtes Lager bedruckter Cattune, Nessel, Tücher und Manchestre, und empfiehlt solche zu den billigsten Fabrikpreisen allen auswärtigen, als hiesigen Abnehmern zur gütigen Beachtung.

**Stonsdorfer Bierhalle im grünen Adler.**  
Heute, Freitag, große musikalische Abend-Unterhaltung. Anfang 7 Uhr. J. Drescher.

Ein unverheiratheter Geschäftsführer für eine Fabrik von ländlichen Produkten, der Buchhalterei praktisch kennt und dem Colonialwaren-Geschäft wie Urtheil über Produkte nicht fremd ist, wird aufs Land in eine belebte Gegend gesucht. Die sich hierzu befähigt glauben, wollen ihre Offerten franco bei den Herren F. W. Friesner und Sohn in Breslau niedergelegen und Näheres erfragen.

Ein gebildetes elternloses Mädchen, welches alle weibliche Arbeiten kann und die Hauswirthschaft zu führen versteht, auch in einem Laden zum Verkauf sich eignen würde, sucht ein baldiges Unterkommen. Näheres Albrechtsstraße Nr. 7 par terre.

In 120 Stunden lernt man das Französische durch Gottstein, Messergasse 20.

### Gasthof-Etablissement.

Einem hochverehrten reisenden Publikum beeibre ich mich hierdurch die ergebene Anzeige zu machen, daß ich den dicht an der Münsterberg-Neisser Chaussee gelegener Gasthof, mit sehr bequemer Stallung, in Seifersdorf gekauft und bitte daher unter der Versicherung der reeliesten und pünktlichsten Aufwartung, um hochgeneigtesten Zuspruch.

Seifersdorf, den 16. März 1848.

Johann Schwer.

### Frische Austern und frischen Seefisch bei Ernst Wendt.

**Frische, starke Hasen,** gut gespickt, das Stück 11 Sgr., frische böhm. Rebhühner, das Paar 15 Sgr., empfiehlt: Frühling, Wildhändler, Ring Nr. 26, im goldenen Becher.

**Frische, starke Hasen,** gespickt 12 Sgr., Vorderkeulen das Paar 1½ Sgr., so wie auch frische böhmische Fasanen und Rebhühner zu billigen Preisen empfiehlt: R. Koch, Wildhändler, Ring Nr. 9, neben den 7 Kurfürsten im Keller.

**Frische und gut gespickte Hasen,** das Stück 11–12 Sgr., offerirt: J. Seeliger sen., Neumarktcke.

Ein Kessel von Kupfer oder Eisen, der 8 bis 12 Kannen misst, wird zu kaufen gesucht, Näheres bei A. Jakel, Grünebaumbr. 2.

Ein unverheiratheter, militärfreier Dekonomie-Beamter, der sogleich antreten und vorzügliche Zeugnisse darlegen kann, sucht Anstellung.

General-Geschäfts-Bureau von Gustav Döring, Altbüßerstraße 60.

Den 15ten d. M. wurde auf dem Wege vom Neumarkt bis zum Michaelis-Kirchhof ein Notizbuch verloren, worin 2 Athlr. in Kassen-Anweisungen, ein Lotterie-Los, zwei Abonnement-Billets in den Wintergarten erhalten waren. Es wird gebeten, es Heiligste messenen Belohnung abzugeben.

Albrechtsstraße Nr. 8 ist der 3te Stock und der Haussladen zu vermieten. Näheres Junkernstraße 18 im Comptoir.

Vom 1. April ab ist eine möblirte Stube mit freundlicher Ausicht, Ecke Schweidnitzer Stadtgraben, zu vermieten. Näheres Elisabet-Straße Nr. 8 in der Buchhandlung.

In der Nikolai-Vorstadt, neue Kirchgasse Nr. 10 a. ist eine große Wohnung Termin Ostern zu beziehen.

**Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 28,** sind noch Logis von 3 bis 6 Stuben mit allem Zubehör zu vermieten. Auskunft ertheilt der Haushälter oder der Wirth daselbst.

**Zu vermieten** ist eine gut möblirte Stube nebst Cabinet: Dominikanerplatz 2 im ersten Stock.

**Zu vermieten** und Term. Johannis zu beziehen ein trockener Keller nebst Wohnung für einen Feuerarbeiter. Näheres am Neumarkt Nr. 30 im Gewölbe.

**Für Ostern zu vermieten** eine schöne herrschaftliche Wohnung, Sonnenseite, 6 oder 8 Vorderzimmer, Bedientenstube, Küche, Speisefammer, mit oder ohne Stall und Wagenplatz Altbüßerstraße 42.

**Für Ostern zu vermieten** eine freundliche stille Wohnung, 2 Vorderzimmer, 2 Kammer, Küche, Keller: Altbüßerstr. 42.

Eine Wohnung von 2 Stuben, Koch- oder Bedienten-Stube, verschließbarem Entrée und Zubehör, ist Lauenzenstraße Nr. 83, Lauenzenplatz 2, für eine stille Familie pro Ostern zu vermieten.

Drei Stuben, Küchenstube etc., zu vermieten. Näheres Taschenstraße 7, im ersten Stock.

Lauenzenstraße Nr. 20 ist eine möblirte Stube mit Benutzung eines Flügels zu vermieten und bald zu beziehen.

**Hôtel garni in Breslau,** Albrechtsstraße Nr. 33, 1. Etage, bei König, sind elegant möblirte Zimmer bei prompter Bedienung auf beliebige Zeit zu vermieten. P. S. Auch ist Stallung u. Wagenplatz dabei.

Hummerei Nr. 4 zu vermieten und Term. Ostern zu beziehen der erste Stock, bestehend aus 4 Stuben, Alkove, Küche und Beigelaß, und par terre ein Comtoir und Remise; im Hofe eine Stube, Alkove und Küche; das Nähere Schweidnitzer Straße Nr. 39, im Comtoir.

Odervorstadt, Kohlenstraße 2, ist im ersten Stock eine Wohnung von 3 Stuben, Kabinett, Küche und Beigelaß zu vermieten und bald zu beziehen.

Taschenstraße Nr. 30 ist eine Parterre-Wohnung von 3 Stuben und 2 Küchen, einzeln oder getheilt, Ostern zu vermieten.

**Breslauer Getreide-Preise** am 16. März 1848.

Sorte:	beste	mittlere	geringste
Weizen, welcher	64 Sgr.	57½ Sgr.	50 Sgr.
Weizen, gelber	60 "	55 "	48 "
Roggen	48 "	44 "	37 "
Gerste	42½ "	38 "	32½ "
Hafer	27 "	25 "	22 "

Breslau, den 16. März 1848.

### Geld- und Fond-Course.

Brs.	Gld.	Brs.	Gld.
Holl. Rand-Ducaten	96¾	Gr.-Herz. Pos. Pfandbr. Bf. 4	95½
Kaiserliche dito	96¾	dito neue dito = 3½	80½
Friedrichsd'or	113¾	Schles. Pfadbr. à 1000 Rtl. = 3½	91½
Louisd'or	112½	dito L. B. à 1000 = 4	93½
poln. Courant	95½	dito dito = 3½	83½
Oesterreichische Banknoten	—	alte Poln. Pfandbriefe = 4	85½
Seeh.-Präm.-Sch.	3f.	Neue dito dito = —	85½
Preuß. Bankantheile	—	Po n. Part.-Obligationen 300 Gl.	—
St.-Sch.-Sch. pr. 100 Rtl.	3½	dito Schatz dito = 5	—
Bresl. Stadt-Obligat.	3½	dito Anl. 1835 à 500 Gl.	—
dito Gerecht.-dito	4½	dito	—

### Eisenbahn-Aktionen.

Bresl.-Schw.-Freibrg. ... 3f. 4	81	Niederschl.-Märk. Ser. III. 3f. 5	—
dito Prior. = 4	—	Wihlmsb. (Kof.-)Oberbg. =	—
Oberchleissche Litt. A. = 3½	85	Neisse-Brieger =	—
dito Litt. B. =	83	Berlin-Hamburger =	—
dito Prior. = 4	—	Köln-Mindener = 3½	69
Krakau-Oberschl. =	—	Sächsisch-Schlesische =	—
Niederschl.-Märk. = 3½	65	Friedrich-Wilh.-Nordb. = 40	—
dito dito Prior. = 4	—	Posen-Stargarder =	—
dito dito dito = 5	—		—

### Wechsel-Course.

Amsterdam	2 M.	143½	Hamburg	1. S.
Augsburg	2 M.	—	Leipzig	—
Berlin	2 M.	99½	London	3 M.
dito	2. S.	—	Paris	2 M.
Frankfurt a/M.	2 M.	—	Wien	2 M.
Hamburg	2 M.	150½	149½	100½

Berliner Eisenbahnactien-Coursbericht vom 15. März 1848.			
Niederschlesische	3½ %	61½ u. 61 bez.	Rheinische
dito	4%	79 bis 78 bez.	dito Prior. 4% —
v. Sauermaischen Anteils	5%	90 Gld.	Wihlmsb. (Kof.-)Oberbg. =
d. v. d. ab auf drei Jahre verpachtet werden.	5%	—	Neisse-Brieger =
Näheres ist daselbst zu erfragen.	—	—	Berlin-Hamburger =
Hühneraugen, Warzen und eingewachsene Nagel heißt Unterzeichneter unfehlbar, schmerzlos und radikal auf eine eigenthümliche Weise und bei nur kurzem Aufenthalt, Büttner-Straße Nr. 27, zweite Etage.	—	Köln-Mindener = 3½	Köln-Mindener = 3½
Ludwig Oelsner, autorisirter Operateur.	—	—	—
Futterrunkelrübensamen pro Pf. 12 Sgr.,	—	—	—
Futtermöhrensamen pro Pf. 10 Sgr.	—	—	—
in bester Qualität empfiehlt: Herrmann Steffke, Reuschestr. Nr. 63.	—	—	—
3000 Athl.	—	—	—
sichere Hypothek, welche 5 pCt. Zinsen bringt, ist zu cediren und werden Staatspapiere pari angenommen.	—	—	—
D. M. Weiser, Karlsstraße Nr. 33.	—	—	—
Tauenzenstraße Nr. 66, zum Neptun, ist eine Wohnung von 4 Stuben, Alkove und Beigelaß zu vermieten und Ostern zu beziehen. Näheres daselbst par terre.	—	—	—
In dem Hause am Wäldchen Nr. 6 sind von Ostern d. J. ab zwei Wohnungen, bestehend in Stube, Alkove, Küche und Zubehör, für den Mietzins von 32 und 36 Athl. jährlich, zu vermieten. Das Nähere beim Gastwirth zum weißen Storch, von 12–3 Uhr.	—	—	—
Gewölbe zu vermieten.	—	—	—
Wegen schnell eingetretener Veränderung ist ein zwar nicht großes, aber gut gelegenes Gewölbe abzulassen. Näheres Albrechts-Straße Nr. 10, eine Treppe.	—	—	—

Universitäts-Sternwarte.			
Thermometer			
14. u. 15. März.	Barometer	inneres.	äußeres.
3.	2.	feuchtes	Wind.
Abends 10 Uhr.	27	5, 36 +	6, 90 +
Morgens 6 Uhr.	5, 18 +	6, 20 +	4, 2 0, 6 19°
Nachmitt. 2 Uhr.	5, 16 +	8, 90 +	11, 6 3, 2 47°
Minimum.	5, 10 +	6, 20 +	4, 2 0, 6 6°
Maximum.	5, 36 +	8, 90 +	12, 0 3, 2 57°

Temperatur der Oder + 3, 6

Thermometer			
15. u. 16. März.	Barometer	inneres.	äußeres.
3.	2.	feuchtes	Wind.
Abends 10 Uhr.	27	4, 68 +	7, 80 +
Morgens 6 Uhr.	4, 56 +	7, 10 +	4, 9 0, 4 17°
Nachmitt. 2 Uhr.	5, 24 +	8, 00 +	9, 5 2, 4 16°
Minimum.	4, 56 +	6, 95 +	4, 2 0, 3 2°
Maximum.	5, 24 +	8, 30 +	9, 5 2, 4 17°

&lt;p